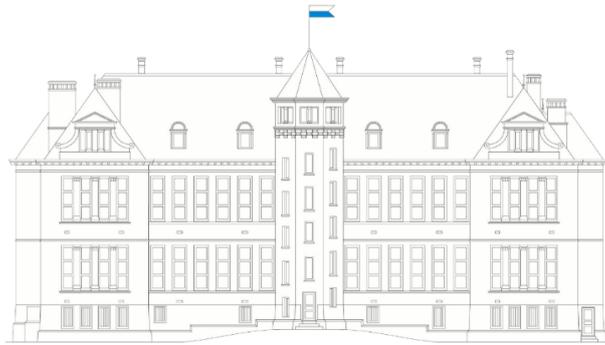


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

hinter mir liegt eine sehr bewegende und intensive Reise in die Ukraine. Das Land hat in den vergangenen Jahren Aufbruch und Kraft zur Erneuerung gezeigt. Die Reform des Banken- und Finanzsektors und die Dezentralisierung der kommunalen Ebene zeugen davon. Für Europa ist die Ukraine eine wichtige Brücke nach Osteuropa. Deshalb pflegt Bayern bereits seit 1990 intensive Beziehungen in die Ukraine. Und nicht nur das: Die Eröffnung eines Bayerischen Büros in Kiew im März 2018 hat nochmals zusätzlich verdeutlicht: Eine weitere bayerisch-ukrainische Annäherung ist erwünscht und wichtig.

Wie wichtig dabei die Erinnerungskultur ist, lässt sich mit einem Verweis auf das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte belegen. Ich bin sehr dankbar, dass es mir – in Anwesenheit des deutschen Bundespräsidenten und israelischen Staatspräsidenten – möglich war, an den Gedenkfeierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Massakers von Babyn Jar teilzunehmen. In der Schlucht bei Kiew hatten Ende September 1941 deutsche Truppen innerhalb von 48 Stunden mehr als 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet. Die Opfer dieses barbarischen Akts dürfen nicht in Vergessenheit geraten. So etwas darf nie wieder passieren! Dieser Tag ist eine Mahnung und ein Auftrag an uns alle.

Die Erinnerungskultur ist das eine, das andere ist die Zusammenarbeit Bayerns mit der Ukraine in zentralen Zukunftsfeldern. Bei Gesprächen mit dem Minister für die Entwicklung der Kommunen und des Territoriums der Ukraine, Oleksiy M. Chernyshov (siehe Foto), der stellvertretenden Energieministerin Yuliia Pidkomorna und dem Innenminister Denys Monastyrskyj haben wir einen Ausbau der Sicherheitspartnerschaft durch eine verstärkte Polizeizusammenarbeit, die Kooperation im Hochtechnologiebereich bei der Digitalisierung und beim Thema Wasserstoff sowie eine Vertiefung der Beziehungen auf regionaler und kommunaler Ebene vereinbaren können. Um den hohen Stellenwert, den ich der Zusammenarbeit mit der Ukraine beimesse, zu unterstreichen, habe ich den Co-Vorsitz der Ständigen bayerisch-ukrainischen Arbeitskommission übernommen. Und wer in der vergangenen Woche das Geschehen in Brüssel verfolgt hat, der weiß: Die Vertiefung der bilateralen Beziehungen war auch Grundtenor des – kurz nach meiner Reise stattgefundenen – EU-Ukraine-Gipfels in Kiew.





Ansonsten will ich aus der letzten Woche von einigen meiner Gespräche in Brüssel berichten:

Thema EU-Waldstrategie:

Im Gespräch mit Generaldirektor Dr. Wolfgang Burtscher, Generaldirektion AGRI, (siehe Foto) habe ich mit Nachdruck unsere bayerische Position zum Kommissionsvorschlag zur „EU-Waldstrategie 2030“ betont. Klar ist: Die Forstwirtschaft muss weiterhin in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten bzw. Länder bleiben. Regionale Unterschiede erfordern regionale Lösungsansätze. Dabei gilt: Die vielfältigen Waldfunktionen werden am besten durch eine integrative, nachhaltige Waldbewirtschaftung, wie sie bei uns in Bayern gelebte Praxis ist, gesichert. Großflächige Stilllegungen hingegen erhöhen die Gefahr von Waldschäden - negative Auswirkungen für den Klimaschutz eingeschlossen.



Es freut mich, dass unsere bayerischen Positionen nochmals explizit gewürdigt werden sollen. Auch die Waldbesitzer erhalten die Möglichkeit, im Rahmen eines Austausches mit den Generaldirektionen AGRI und Umwelt ihre Anliegen vorzubringen.

Thema Finanzen:

Mit dem EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, Dr. Johannes Hahn, war ich einig darüber: Die Verknüpfung der Auszahlung von Mitteln aus dem nächsten EU-Haushalt an die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten ist ein wichtiger Schritt und ein klares Signal, dass die EU bereit ist, die Interessen ihrer Bürger zu schützen.

Thema Bürokratieabbau:

Mit dem Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung, Walter Nussel, und Abgeordneten des Europaparlaments war ich im Gespräch zu europäischen Legislativvorschlägen u. a. zum Green-Deal-Paket, dem geplanten EU-Lieferkettengesetz und der Überarbeitung der Bauprodukten-Verordnung. Wir haben die Knackpunkte bei den Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU nochmals konkret benannt.

Thema Regionen:

Als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung habe ich an der Herbst-Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen teilgenommen. Zahlreiche Stellungnahmen haben wir verabschiedet, u. a. zur Überprüfung der CO₂-Reduzierung auf lokaler und regionaler Ebene weltweit sowie zur Einführung des Schutzes geografischer Angaben für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse.



Thema: Sicherheitspolitik

Zu einer sicherheitspolitischen Tagung zur künftigen Rolle Europas in Afghanistan hatte die Münchner Sicherheitskonferenz mit Botschafter Wolfgang Ischinger an der Spitze in die Bayerische Vertretung eingeladen. Primär muss es jetzt darum gehen, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die EU darf als strategische Gestaltungsmacht nicht weiter ausfallen.

Damit will ich überleiten zum aktuellen Europabericht, in dem Sie wie gewohnt strukturiert die wichtigen europapolitischen Entscheidungen der vergangenen 14 Tage nachlesen können.

In diesem Sinne: Nehmen Sie sich Zeit für Europa!

Ihre Melanie Huml



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	10
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	10
EU-Ukraine-Gipfel in Kiew: Enge Partnerschaft über drei neue Abkommen bekräftigt	10
Westbalkan-Gipfel in Slowenien: Bekenntnis zum EU-Erweiterungsprozess, jedoch ohne Zeitrahmen ..	10
EUROPÄISCHES PARLAMENT	11
Plenartagung vom 04.10.2021 - 07.10.2021: Von KI-Nutzung durch die Polizei bis zum Bürgerkrieg in Äthiopien	11
Manfred Weber als EVP-Fraktionsvorsitzender im Europaparlament wiedergewählt	12
AUSSCHUSS DER REGIONEN.....	12
Ausschuss der Regionen: Plenarversammlung mit slowenischem Premierminister <i>Jansa</i>	12
INSTITUTIONELLES.....	13
Kommission legt erstmals eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus vor	13
Polnisches Verfassungsgericht erklärt Bestimmungen der EU-Verträge für verfassungswidrig.....	13
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	14
Kommission legt Vorschläge zur Beilegung des Streits zum Nordirland-Protokoll vor	14
MEDIEN	14
<i>Daphne-Caruana-Galizia</i> -Preis für Journalismus 2021 geht an das Pegasus-Projekt	14
Expertengruppe zu Desinformation und Medienkompetenz im Bildungsbereich	15
Öffentliche Konsultation: Schutz von Journalisten vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren	15
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	16
Rat für Justiz und Inneres am 07. / 08. Oktober 2021.....	16
COVID-19	16
Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	16
ASYL UND MIGRATION	16
Hochrangiges EU-Forum zum Schutz gefährdeter Afghanen	16
Europäisches Parlament äußert Solidarität mit Litauen, Polen und Lettland angesichts staatlich gelenkter irregulärer Migration aus Belarus.....	17
Rat beschließt Anwendung des Visa-Hebels zulasten von Gambia	17
Legale Migration: Rat nimmt Reform der Blue Card Richtlinie förmlich an	17
SCHENGEN	18
Generalanwalt vor dem EuGH legt Schlussanträge zu österreichischen Binnengrenzkontrollen vor.....	18
EUROPOL	18
LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments beschließt Verhandlungsmandat zur Europol-VO	18



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ	19
Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verwendung künstlicher Intelligenz durch Justizbehörden und Polizei.....	19
CYBERSICHERHEIT.....	19
Europäisches Parlament fordert gemeinsame EU-Cyberabwehrkapazitäten	19
KATASTROPHENSCHUTZ.....	19
LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments beschließt Verhandlungsmandat zur Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen.....	19
ANTISEMITISMUS.....	20
Kommission legt erstmals EU-Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vor.....	20
STRAßENVERKEHRSSICHERHEIT	21
Europäisches Parlament empfiehlt Maßnahmen, um die Zahl der Verkehrstoten bis 2050 auf Null zu senken	21
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	22
EISENBAHNVERKEHR.....	22
Fahrt des EU-Sonderzugs Connecting Europe Express endet in Paris – Halt auch in Bayern	22
Kommission führt Befragung zur Harmonisierung des EU-Eisenbahnsystems durch	22
LUFTVERKEHR	23
EU und Ukraine unterzeichnen Luftverkehrsabkommen.....	23
Kommission führt Konsultation zur EU-Drohnen-Strategie 2.0 durch	23
STRAßENVERKEHR.....	23
Kommission führt Befragung zur technischen Überwachung von Fahrzeugen durch	23
Kommission führt Befragung zu Unfalldatenspeichern in Fahrzeugen durch	24
Kommission führt Befragung zur Zuverlässigkeit eines Kraftverkehrsunternehmens durch.....	24
Kommission führt Befragung zu Informationsdiensten für den Straßenverkehr durch	24
MULTIMODALER VERKEHR.....	25
Kommission führt Befragung zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch	25
BAUEN UND WOHNEN.....	25
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im zweiten Quartal 2021 in der EU	25
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Juli 2021 in der EU	26
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	27
Polens Verfassungsgericht erklärt Bestimmungen der EU-Verträge für verfassungswidrig	27
EuGH hinterfragt erneut Unabhängigkeit der Justiz in Polen.....	27
EuGH bestätigt einstweilige Anordnung gegen polnische Disziplinarkammer.....	28
Rat für Justiz und Inneres am 07. / 08. Oktober 2021.....	28



Kommission veröffentlicht Bewertung des Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet	29
Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verwendung Künstlicher Intelligenz durch Justizbehörden und Polizei.....	29
Öffentliche Konsultation: Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren.....	30
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	31
Kommission will mit Mitgliedstaaten einen „strukturierten Dialog“ über digitale Bildung und Kompetenzen führen	31
Kommission stellt anlässlich des Weltlehrtages neues Online-Tool für Lehrkräfte vor	31
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	32
Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments beschließt Entschließungsentwurf zu EU-Haushalt 2022 - Aufwuchs bei Forschungsausgaben gefordert	32
Drei von der EU geförderte Wissenschaftler mit dem Nobelpreis 2021 ausgezeichnet	32
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	34
Tagung der Euro-Gruppe.....	34
Rat für Wirtschaft und Finanzen: Wirtschaftliche Erholung, Vorbereitungen für internationale Tagungen, Rechtsvorschriften im Bereich Finanzdienstleistungen u. a.	34
STEUERN.....	35
Steuervereinbarung für das digitale Zeitalter vom 08.10.2021.....	35
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE...37	
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	37
REACT-EU: Bereits 34 Mrd. € für Regionen und Städte genehmigt.....	37
Staatliche Beihilfe: Kommission genehmigt deutsche Beihilfe für Messeveranstalter	37
Staatliche Beihilfen: Konsultation zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-verordnung	37
EU-Kartellrecht: Kommission führt unangekündigte Nachprüfungen im Zellstoffsektor durch	38
Urteil des EuGH: Bei Kartellrechtsverstoß der Muttergesellschaft kann Tochtergesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen in Anspruch genommen werden	38
Kommission führt Konsultation zur EU-Drohnen-Strategie 2.0 durch	39
Kommission veröffentlicht Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie.....	39
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt neues Gemeinschaftsunternehmen von Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren, Messer Industriegase, RWE Generation und Siemens.....	39
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Schaltbau Holding AG durch Carlyle Group	39
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von zooplus durch Hellman & Friedman.....	40
AUßENWIRTSCHAFT.....	40
Fahrplan für eine aktualisierte Zollrisikomanagement-Strategie	40
ENERGIE	40
Steigende Energiepreise: Kommission legt Mitteilung zur Unterstützung der Mitgliedstaaten vor	40



Transeuropäische Energienetze: Europäisches Parlament legt Position zur TEN-E-Verordnung fest.....	41
Konsultation zur Digitalisierung des Energiesektors	41
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	42
UMWELT	42
Kommission veröffentlicht ersten Umsetzungsbericht zur EU-Verordnung über invasive Arten	42
Kommission veröffentlicht aktualisierten Leitfaden zum Schutz von streng geschützten Tierarten nach der FFH-Richtlinie	42
Kommission veröffentlicht Bericht zum Umsetzungsstand der Nitrat-Richtlinie	43
Europäisches Parlament und Rat beschließen Änderungen der Aarhus-Verordnung	43
Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen und Landwirte!“ sammelt über 1,1 Millionen Unterschriften	43
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu den gesellschaftlichen Kosten industrieller Luftverschmutzung	44
Umsetzung der Seveso III-Richtlinie: Bericht der Kommission zeigt Verbesserungen bei der Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen auf	44
Europäische Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zur nachhaltigen Wassernutzung in der Landwirtschaft	45
VERBRAUCHERSCHUTZ	45
Titandioxid soll als Lebensmittelzusatzstoff ab 2022 verboten werden	45
Kommission leitet Konsultation zum Verordnungsentwurf zur Beschränkung der Verwendung von Grüntee-Catechinen in Lebensmitteln ein	46
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Novellierung der Kosmetik-Verordnung	47
EuGH: Streikmaßnahmen sind keine von der Entschädigungspflicht für Flugannullierungen befreienden außergewöhnlichen Umstände	47
Kommission veröffentlicht Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie	47
Europäische Bürgerinitiative für umfassendes Werbeverbot zu fossilen Brennstoffen gestartet	48
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	49
Tagung Agrarrat	49
Aussichten für den Agrar- und Ernährungssektor	50
Kommission beschließt Sondermaßnahmen zur Stützung des Wein-, Obst- und Gemüsesektors	50
Kommission veröffentlicht Fahrplan für Rechtssetzung zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen	51
Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ sammelt über 1,1 Millionen Unterschriften	51
Aktualisierter Leitfaden zum Schutz von streng geschützten Tierarten nach der FFH-Richtlinie veröffentlicht	52
EFSA/ECHA: Konsultation zu den ersten wissenschaftlichen Bewertungen von Glyphosat	52
Bericht zum Umsetzungsstand der Nitrat-Richtlinie veröffentlicht	52
Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zur nachhaltigen Wassernutzung in der Landwirtschaft	53



Europäischer Rechnungshof Sonderbericht Wald	53
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....	55
Jahr der Jugend 2022: EU will jungen Menschen bessere Chancen für die Zukunft bieten.....	55
Neues Programm ALMA soll auch sozialbenachteiligten Jugendlichen einen Austausch ermöglichen ...	55
Jugendliche bringen Ideen in die Konferenz über die Zukunft Europas ein	56
Mit dem Zug durch Europa: Kommission vergibt 60.000 Travel-Pässe an junge Europäer	56
Studie untersucht Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Jugend.....	56
Think Tank bewertet Pläne für Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems sehr kritisch	57
EuGH: EU kann der Istanbul-Konvention beitreten.....	57
Europäisches Parlament fordert Maßnahmen gegen Gewalt in Paarbeziehungen	57
Europäisches Parlament betont Notwendigkeit eines Europäischen Behindertenausweises	58
Bericht informiert über die Auswirkungen der Pandemie auf die frühkindliche Bildung und Betreuung ...	58
Studie informiert über unterschiedliche Regelungen zur Prostitution	58
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	59
EU-Minister begrüßen den Vorschlag der Kommission zur Einrichtung von HERA	59
Curevac zieht EMA-Antrag auf Zulassung seines Covid-19 Impfstoffs zurück.....	59
Europäische Arzneimittel-Agentur prüft Zulassung der Corona Antikörper-Therapie Ronapreve	59
Umzug der Europäischen Arzneimittel-Agentur von London nach Amsterdam wohl rechtssicher	60
Europäische Arzneimittel-Agentur empfiehlt Dritt- und Booster-Impfungen.....	60
Europäische Arzneimittel-Agentur prüft Zulassung der Corona Antikörper-Therapie Regkirona	60
EU-Drogenbeobachtungsstelle veröffentlicht Leitfaden für Entscheidungsträger	61
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	62
Minister für Telekommunikation diskutieren zur Regulierung künstlicher Intelligenz	62
Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verwendung Künstlicher Intelligenz durch Justizbehörden und Polizei.....	62
Rat legt seine Position zum Daten-Governance-Gesetz fest.....	63



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Ukraine-Gipfel in Kiew: Enge Partnerschaft über drei neue Abkommen bekräftigt

Die Europäische Union und die Ukraine haben am 12.10.2021 auf einem Gipfeltreffen in Kiew ihre enge Partnerschaft und ihr Engagement bekräftigt, die Ukraine politisch enger mit der EU zu assoziieren und wirtschaftlich stärker zu integrieren. Neben der Verständigung auf eine gemeinsame Erklärung wurden drei neue Abkommen zur Zusammenarbeit im Luftverkehr, beim Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont Europa“ und beim Programm zur Unterstützung der Kultur- und Kreativbranche „Kreatives Europa“ unterzeichnet. Bei dem Gipfeltreffen hat die EU der Ukraine zudem in Bezug auf die Energiesicherheit weitere Unterstützung zugesagt. Gemeinsam mit ukrainischen Experten werde u. a. an Möglichkeiten gearbeitet, um Gaslieferkapazitäten aus der EU zu erhöhen. Beim Kampf gegen die Korruption begrüßte die Kommission Fortschritte der Ukraine. Allerdings bleibe noch viel zu tun. Es müsse sichergestellt werden, dass neu geschaffene Institutionen und Positionen unabhängig arbeiten könnten. Der ukrainische Präsident *Selenskyj* hat am Rande des Gipfels mit Bundeskanzlerin *Merkel* und Frankreichs Präsident *Macron* über eine Lösung des Ostukraine-Konflikts gesprochen. Dabei habe man auch über die Möglichkeiten eines gemeinsamen Gipfels mit dem russischen Präsidenten *Putin* diskutiert. Auch *Putin* habe mit *Merkel* und *Macron* telefoniert, hieß es aus diplomatischen Kreisen. Die Bundesregierung erklärte im Nachgang, die Gesprächspartner hätten sich darauf geeinigt, die Außenminister um ein baldiges Treffen zu bitten, um die Möglichkeit eines Gipfels auszuloten.

[Tagungsseite des Europäischen Rates](#);

[Gemeinsame Erklärung nach dem EU-Ukraine-Gipfel](#) (in englischer Sprache)

Westbalkan-Gipfel in Slowenien: Bekenntnis zum EU-Erweiterungsprozess, jedoch ohne Zeitrahmen

Die EU stellt den sechs Westbalkanländern trotz schleppender Reformfortschritte weiter einen Beitritt in Aussicht. Bei dem Gipfeltreffen am 06.10.2021 in Slowenien bestätigten die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten erstmals seit langem wieder ihr Bekenntnis zum EU-Erweiterungsprozess. Hoffnungen der Balkanländer auf eine klare zeitliche Perspektive für eine Aufnahme in die EU wurden jedoch nicht erfüllt. Die Staats- und Regierungschefs der Westbalkanländer waren bereits mit gedämpften Erwartungen zum Gipfeltreffen gekommen. Der Abschlusserklärung des Gipfels zufolge sollen Entscheidungen zum Beitrittsprozess auch in Zukunft in Abhängigkeit von Reformanstrengungen getroffen werden. Zudem setzte Frankreichs Präsident *Macron* eine neue Einschränkung durch. So wird in der Erklärung betont, dass die Integration neuer Mitglieder in die EU eine Weiterentwicklung der Union selbst voraussetzt. Die Beitrittsaspiranten Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina sowie das Kosovo haben damit weiter keine echte Klarheit über ihre Chancen auf einen EU-Beitritt. Um sie dennoch weiter zu Reformanstrengungen zu ermuntern, sollen sie der Gipfelerklärung zufolge allein in diesem Jahr über einen



Wirtschafts- und Investitionsplan rund 1,1 Mrd. € an EU-Mitteln erhalten. Die Kommission wird dafür noch ein neues Paket in Höhe von 600 Mio. € vorschlagen. Insgesamt sollen in den kommenden sieben Jahren rund 30 Mrd. € für die Region mobilisiert werden – u. a. auch über neue Garantien.

[Tagungsseite des Westbalkan-Gipfels in Slowenien](#); [Erklärung von Brdo](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung vom 04.10.2021 - 07.10.2021: Von KI-Nutzung durch die Polizei bis zum Bürgerkrieg in Äthiopien

Das Europäische Parlament (EP) hat auf seiner Plenartagung vom 04.10.2021 - 07.10.2021 in Straßburg in mehreren Entschlüssen ein breites Feld an Themen behandelt:

- **Einschränkung der KI-Nutzung durch Sicherheitsbehörden:** Ohne die Stimmen der EVP plädiert das EP für die Unzulässigkeit der Verwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum sowie von „vorausschauender Überwachung“ auf Basis von Verhaltensdaten.
- **Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt in Partnerschaften:** Vor dem Hintergrund zahlreicher Tötungen von Frauen und Kindern nach Anzeigen von häuslicher Gewalt fordert das Plenum deren besseren Schutz v. a. im Kontext von Sorgerechtsstreitigkeiten.
- **Steigerung der Verkehrssicherheit:** Das EP empfiehlt eine Null-Promille-Grenze für Alkohol und die Einführung von Tempo 30 in Wohngebieten, um die Zahl der Verkehrstoten bis 2050 auf null zu senken. Auch Ablenkungen am Steuer durch technische Geräte sollten verhindert werden.
- **Gemeinsame Cyber-Abwehrfähigkeiten:** Forderung einer gemeinsamen Cyber-Verteidigungspolitik und weitreichender Kooperation beim Aufbau gemeinsamer Cyber-Fähigkeiten.
- **Reform des Kampfes gegen schädliche Steuerpraktiken:** Das Plenum spricht sich für gemeinsame Prinzipien betreffend die „Anlockung“ von Unternehmen durch Steuervorschriften aus; die Kommission solle insoweit Leitlinien ausarbeiten. Auch der Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung solle grundlegend überarbeitet werden.
- **Einheitlicher Behindertenausweis:** Das Plenum empfiehlt einen EU-weiten Behindertenausweis auf Basis einer einheitlichen Behinderten-Definition und fordert Unterstützung von Behinderten bei Reisen, Bildung und Wohnen sowie hinsichtlich Informationen öffentlicher Einrichtungen.
- **Delegation für Parlamentarische Versammlung der EU und des Vereinigten Königreichs (VK):** Die beschlossene 35-köpfige Delegation des EP kann dem EU-VK-Partnerschaftsrat Empfehlungen übermitteln. Die Mitglieder wurden noch nicht benannt.



- **Partnerschaft mit den USA und strategische Autonomie:** Das EP strebt eine vertiefte Partnerschaft mit den USA an (in Teilgebieten auch bezüglich der China-Politik), fordert gleichzeitig aber die strategische Autonomie der EU in verteidigungs- und wirtschaftspolitischen Fragen zu steigern.
- **Vorgehen gegen *Lukaschenko*:** Die wirtschaftlichen Sanktionen sollten gesteigert und die Opposition weiter unterstützt werden. *Lukaschenko* solle vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt werden wegen u. a. Verstoßes gegen die Folterkonvention der Vereinten Nationen.
- **Texanisches Abtreibungsgesetz:** Die Mehrheit des EP fordert die Regierung von Texas auf, das seit 21.09.2021 geltende „de facto“-Abtreibungsverbot wieder abzuschaffen. EU-Staaten sollten dagegen vorgehende Bürgerrechtsorganisationen finanziell unterstützen. Die US-Bundesregierung wird aufgefordert, einen einheitlichen Schutz von Abtreibungen zu installieren.
- **Waffenstillstand in Äthiopien:** Das EP fordert einen sofortigen Waffenstillstand in der nordäthiopischen Region Tigray und fordert die Mitgliedstaaten auf, Exporte von Waffen und Überwachungstechnologie nach Äthiopien einzustellen.

[Pressemitteilungen des EP](#)

Manfred Weber als EVP-Fraktionsvorsitzender im Europaparlament wiedergewählt

Manfred Weber ist am 13.10.2021 als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament wiedergewählt worden. Nach Angaben der Fraktion wurde der 49-Jährige mit 93,7 % der Stimmen wiedergewählt. *Weber* hatte im September bekanntgegeben, sich auch auf den Vorsitz der EVP zu bewerben. Dieser Posten wird frei, weil der bisherige EVP-Chef und ehemalige EU-Ratspräsident *Donald Tusk* im Juli als neuer Oppositionsführer in sein Heimatland Polen zurückgekehrt war. Kommenden April soll nach Angaben der EVP-Fraktion die Wahl des neuen Parteivorsitzenden stattfinden. Zudem hatte *Weber* im September gesagt, kommendes Jahr für das Amt des nächsten EU-Parlamentspräsidenten nicht kandidieren zu wollen. Er galt bis dahin als einer der Favoriten für das Amt.

[Pressemitteilung der EVP](#) (in englischer Sprache)

AUSSCHUSS DER REGIONEN

Ausschuss der Regionen: Plenarversammlung mit slowenischem Premierminister *Jansa*

Auf der Plenarversammlung des Ausschusses der Regionen (AdR) vom 12.10.2021 - 14.10.2021 debattierten die Regionalvertreter mit dem slowenischen Premierminister *Jansa* über die Prioritäten der Ratspräsidentschaft. Hierzu zählte *Jansa* den Wiederaufbau und die Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion. Hierbei, aber auch bei der Umstellung auf eine grüne Wirtschaft, müsse man die reichen Erfahrungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRG) nutzen. AdR-Präsident *Tzitzikostas* stellte in dem Kontext das Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen vor, aus dem sich ein Haushaltsloch der LRG von



180 Mrd. € als Folge der Pandemie sowie die Tatsache ergibt, dass die meisten LRG von den nationalen Regierungen nicht konsultiert wurden für die Ausarbeitung der Wiederaufbaupläne. Der AdR verabschiedete auch zahlreiche Stellungnahmen; so fordert er u. a. eine Überprüfung der CO₂-Reduzierung auf lokaler und regionaler Ebene weltweit sowie die Einführung des Schutzes geografischer Angaben für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse.

[Pressemitteilungen des AdR](#) (in englischer Sprache)

INSTITUTIONELLES

Kommission legt erstmals eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus vor

Die Kommission hat am 05.10.2021 erstmals eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vorgelegt. Mit dieser Strategie bekennt sich die EU zu einer Zukunft für jüdisches Leben in Europa. Zu den zentralen Maßnahmen der Strategie gehören die Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens in der EU sowie die Aufklärung, Forschung und das Gedenken an den Holocaust. Die EU will daneben alle verfügbaren Instrumente nutzen, um die Partnerländer dazu anzuhalten, Antisemitismus in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus zu bekämpfen. Die Umsetzung der Strategie erstreckt sich über den Zeitraum 2021 - 2030. Die Kommission fordert das Europäische Parlament und den Rat auf, die Strategie zu unterstützen, und wird 2024 und 2029 umfassende Umsetzungsberichte veröffentlichen. Die Mitgliedstaaten haben sich bereits verpflichtet, durch neue nationale Strategien oder Maßnahmen im Rahmen bestehender nationaler Strategien und/oder Aktionspläne zur Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbareitem Extremismus alle Formen von Antisemitismus zu verhüten und zu bekämpfen. Die nationalen Strategien sollten bis Ende 2022 festgelegt werden und werden dann von der Kommission bis Ende 2023 bewertet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Polnisches Verfassungsgericht erklärt Bestimmungen der EU-Verträge für verfassungswidrig

Auf Antrag des polnischen Ministerpräsidenten *Morawiecki* hat das polnische Verfassungsgericht am 07.10.2021 entschieden, dass Art. 1 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV), wonach der Vertrag eine „neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas darstellt“, gegen die polnische Verfassung verstoße, soweit diese „neue Stufe“ – in der Auslegung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) – darin bestehe, dass die Organe der EU außerhalb der durch die Republik Polen übertragenen Kompetenzen handelten, die Verfassung nicht das oberste Gesetz Polens sei und Polen nicht als souveräner und demokratischer Staat handeln könne. Auch Art. 19 Abs. 1 EUV sei verfassungswidrig, soweit das darin enthaltene Gebot des wirksamen Rechtsschutzes nationale Gerichte ermächtige, die Ernennung anderer Richter zu überprüfen. Mit diesem Urteil stellt sich erstmals ein Verfassungsgericht eines Mitgliedstaats grundsätzlich gegen die Unionsverträge. Kommissionspräsidentin *von der Leyen* äußerte sich „tief besorgt“ und



verwies auf die Sicherung der Rechte polnischer Bürger und internationaler Unternehmen; es gelte der unbedingte Vorrang von Unionsrecht vor jeglichem nationalem Recht, man werde alsbald „über die nächsten Schritte entscheiden“.

Siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem Europabericht

[Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung; Erklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Kommission legt Vorschläge zur Beilegung des Streits zum Nordirland-Protokoll vor

Kommissions-Vizepräsident Šefčovič hat am 13.10.2021 vier „Non-Papers“ vorgelegt, in denen er Erleichterungen für den Handel zwischen Großbritannien und Nordirland vorschlägt, um auf diese Weise den Streit mit dem Vereinigten Königreich beizulegen, das damit droht, das Protokoll einseitig aufzukündigen. Durch die Vorschläge sollen 80 % der Warenkontrollen zwischen den Landesteilen wegfallen, soweit die Produkte für den Endverbrauch vorgesehen und für den Verkauf nur im Vereinigten Königreich gekennzeichnet sind. Die britischen Pharmahersteller sollen – entgegen geltendem Unionsrecht – ihre Compliance-Funktionen weiterhin in Großbritannien ausüben dürfen, müssten also keine entsprechende Infrastruktur in Nordirland aufbauen. Zudem soll ein strukturierter Dialog zwischen nordirischen Interessenträgern und der Kommission eingerichtet werden. Die Kommission rückt aber – entgegen den britischen Wünschen – nicht davon ab, dass der EuGH die Jurisdiktion über die Anwendung des Unionsrechts in Nordirland haben soll. Die britische Regierung hat angekündigt, die Vorschläge „ernsthaft und konstruktiv“ zu prüfen, hat aber bereits Änderungen betreffend die Frage der Rechtsprechungskompetenz verlangt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

MEDIEN

Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus 2021 geht an das Pegasus-Projekt

Der vom Europäischen Parlament Ende 2019 zu Ehren der 2017 ermordeten maltesischen Journalistin *Daphne Caruana Galizia* gestiftete Preis für herausragende journalistische Leistungen wird dieses Jahr dem Journalisten-Konsortium *Forbidden Stories* verliehen, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Recherchen getöteter, inhaftierter oder bedrohter Kollegen fortzusetzen. Das Konsortium deckte auf, dass Kunden eines israelischen Unternehmens mehr als 50.000 Telefonnummern durch die Software *Pegasus* ausspionieren ließen, darunter von mindestens 180 Journalisten, aber auch von Menschenrechtsverteidigern, Gewerkschaftsmitgliedern, Diplomaten und selbst Staatschefs. Der von einer aus Presse und Zivilgesellschaft zusammengesetzten 29-köpfigen Jury ausgewählte Preis ist mit 20.000 € dotiert.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)



Expertengruppe zu Desinformation und Medienkompetenz im Bildungsbereich

Die Kommission hat am 12.10.2021 eine Expertengruppe zur Bekämpfung von Desinformation und Förderung von Medienkompetenz durch Bildung und Ausbildung eingesetzt. Primäres Ziel der Gruppe soll die Entwicklung praktischer Leitlinien für Lehrer und Ausbilder sein, um Jugendliche mit dem „kritischen Geist“ auszustatten, den es brauche, um die im Internet aufgefundenen Inhalte kritisch zu hinterfragen und Fakten von Fiktion trennen zu können, so Bildungs-Kommissarin *Gabriel*. Die Gruppe hat 25 Mitglieder aus Wissenschaft, Wirtschaft (u. a. *Facebook*), NGOs und internationalen Organisationen (OECD, Europarat, UNICEF, EUIPO). Die Einsetzung der Expertengruppe ist Teil des Aktionsplans für digitale Bildung der Kommission.

[Bericht von Euractiv](#) (in englischer Sprache)

Öffentliche Konsultation: Schutz von Journalisten vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren

Die Kommission hat am 04.10.2021 eine öffentliche Konsultation zum geplanten Gesetzgebungsakt gegen missbräuchliche Klagen (sog. „SLAPP“-Klagen), von denen oft Journalisten betroffen sind, gestartet.

Siehe dazu Beitrag des StMJ in diesem Europabericht.



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Rat für Justiz und Inneres am 07. / 08. Oktober 2021

Am 07./08.10.2021 fand der Rat für Justiz und Inneres in Luxemburg statt. Die Innenminister tagten am 08.10.2021 (für die Tagung der Justizminister siehe Beitrag des StMJ in diesem EB). Dabei tauschten sie sich u. a. zur digitalen Dimension der Ermittlungen im Bereich des sexuellen Kindesmissbrauchs aus. Kernstück des für Dezember 2021 angekündigten Legislativvorschlags der Kommission müsse die Verpflichtung der Plattform-Betreiber sein, Online-Inhalte von sexuellem Kindesmissbrauch zu entfernen, so der slowenische Innenminister und Ratsvorsitzende *Hojs*; dies dürfe nicht länger auf Freiwilligkeit beruhen. Unter dem Tagesordnungspunkt „Migration“ informierte die Kommission u. a. zum aktuellen Sachstand der Erarbeitung von Aktionsplänen für die Entwicklung umfassender Migrationspartnerschaften mit prioritären Drittstaaten und zur Situation in Afghanistan. Kein Einvernehmen der Mitgliedstaaten konnte hinsichtlich des Vorschlags der Ratspräsidentschaft, die Screening-Verordnung aus dem Paketansatz des Asyl- und Migrationspakts herauszulösen, erzielt werden.

[Pressemitteilung zu den wesentlichen Ergebnissen des JI-Rats vom 07./08.10.2021](#)

COVID-19

Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Der Rat hat am 08.10.2021 erneut die Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten turnusgemäß überarbeitet. Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate wurden der Liste hinzugefügt. Eine Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen soll daher künftig aus folgenden Drittstaaten / Sonderverwaltungszone erlaubt sein: Australien, Bahrain, Kanada, Chile, Jordanien, Kuwait, Neuseeland, Katar, Ruanda, Saudi-Arabien, Singapur, Südkorea, Ukraine, Vereinigte Arabische Emirate, Uruguay, China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit), Hongkong, Macau sowie Taiwan.

[Pressemitteilung des Rates vom 08.10.2021](#) (in englischer Sprache)

ASYL UND MIGRATION

Hochrangiges EU-Forum zum Schutz gefährdeter Afghanen

EU-Kommissarin *Johansson* und der Hohe Vertreter *Borrell* haben am 07.10.2021, wie anlässlich des Sondertreffens der EU-Innenminister zur Lage in Afghanistan am 31.08.2021 angekündigt, ein hochrangiges EU-Forum zum Schutz gefährdeter Afghanen abgehalten. Es war Teil des von EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* in ihrer Rede zur Lage der Union am 15.09.2021 angekündigten umfassenden Pakets zur Unterstützung Afghanistans. Anlässlich des Forums habe man sich auf einen breiten und umfassenden Ansatz zum Schutz gefährdeter Afghanen geeinigt, so *Johansson*: während kurzfristig die Evakuierungen aus



Afghanistan fortzusetzen seien, stelle sich mittel- bis langfristig die Frage des resettlement aus den Nachbarstaaten sowie anderer legaler Zugangswege in die EU wie humanitäre Aufnahmen und Familienzusammenführungen. Derzeit laufe der Prozess, Neuansiedlungszusagen für das kommende Jahr seitens der Mitgliedstaaten einzuholen, wobei sich einige Mitgliedstaaten bereit erklärt hätten, ihre Zusagen zu erhöhen, um mehr Afghanen zu berücksichtigen. UN-Flüchtlingskommissar *Filippo Grandi* erwarte in den nächsten fünf Jahren einen Bedarf an resettlement aus den Nachbarstaaten in Höhe von insgesamt 85.000 Personen und habe insoweit vorgeschlagen, dass die EU die Hälfte hiervon – also 42.500 – übernehme.

[Aufzeichnung des Pressestatements von EU-Kommissarin Johansson](#)

Europäisches Parlament äußert Solidarität mit Litauen, Polen und Lettland angesichts staatlich gelenkter irregulärer Migration aus Belarus

In einer am 07.10.2021 angenommenen Entschließung äußerte das Europäische Parlament (EP) seine Solidarität mit Litauen, Polen und Lettland angesichts der Versuche des belarussischen Regimes, eine beträchtliche Zahl von Migrantinnen und Flüchtlingen an die EU-Außengrenzen zu verbringen, zum Teil mit tödlichen Folgen. Das belarussische Vorgehen wird darin als hybride Kriegsführung bezeichnet. Die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten werden aufgerufen, sich der multidimensionalen Krise an der Grenze zu Belarus dringend anzunehmen, um festsetzenden Migrantinnen zu helfen und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen.

[Pressemitteilung des EP vom 07.10.2021](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Text](#)

Rat beschließt Anwendung des Visa-Hebels zulasten von Gambia

Einem entsprechenden Vorschlag der Kommission vom 15.07.2021 folgend (EB 13/21), beschloss der Rat am 07.10.2021, die Anwendung bestimmter Vorschriften des Visakodex zulasten von Gambia vorübergehend auszusetzen (sog. Visa-Hebel), um die Rückübernahmekooperation zu verbessern. Die vorübergehende Aussetzung betrifft die Vorschriften zur Möglichkeit der Befreiung von den Anforderungen hinsichtlich vorzulegender Dokumente, zur Begrenzung der Bearbeitungsfrist, zur Erteilung von Mehrfachvisa sowie zur fakultativen Befreiung von der Visumgebühr für Inhaber von Diplomatenpässen. Die von der Kommission ebenfalls vorgeschlagene Aktivierung des Visa-Hebels zulasten von Bangladesch und Irak ist hingegen weiterhin Gegenstand von Diskussionen innerhalb des Rats.

[Pressemitteilung des Rates vom 07.10.2021](#) (in englischer Sprache)

Legale Migration: Rat nimmt Reform der Blue Card Richtlinie förmlich an

Der vorläufigen politischen Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament (EP) vom 17.05.2021 sowie der förmlichen Annahme durch das EP am 15.09.2021 folgend (EB 14/2021), nahm auch der Rat am



07.10.2021 die Reform der Blue Card Richtlinie förmlich an, mit der neue Regeln für die Einreise und den Aufenthalt von hochqualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten festgelegt werden. 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt wird der angenommene Text in Kraft treten.

[Pressemitteilung des Rates vom 07.10.2021](#)

SCHENGEN

Generalanwalt vor dem EuGH legt Schlussanträge zu österreichischen Binnengrenzkontrollen vor

Zu der Frage, ob die österreichischen Grenzkontrollen an der Grenze zu Slowenien, die erstmals im Herbst 2015 wiedereingeführt und seitdem immer wieder und ohne Unterbrechungen verlängert wurden, mit dem Schengener Grenzkodex vereinbar sind, hat Generalanwalt *Saugmandsgaard Øe* vor dem EuGH am 06.10.2021 seine Schlussanträge gehalten (verbundene Rechtssachen C-368/20 und C-369/20). Nach Ansicht des Generalanwalts kann ein Mitgliedstaat, der mit einer anhaltenden ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit konfrontiert ist, für einen längeren Zeitraum als sechs Monate wieder Kontrollen an seinen Binnengrenzen einführen, da solche Bedrohungen nicht notwendigerweise zeitlich begrenzt sind; die Überschreitung dieses Zeitraums unterliegt aber besonders strengen Voraussetzungen. Die Schlussanträge sind nicht bindend. Für November 2021 hat die Kommission eine legislative Überarbeitung des Schengener Grenzkodex angekündigt.

[Pressemitteilung des EuGH vom 06.10.2021](#)

[Volltext der Schlussanträge](#)

EUROPOL

LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments beschließt Verhandlungsmandat zur Europol-VO

Zum Verordnungsvorschlag der Kommission zur Stärkung des Mandats von Europol, vorgelegt im Dezember 2020 (EB 12/21), legte der federführende LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 12.10.2021 seine Verhandlungsposition fest. Der Verordnungsvorschlag soll es Europol u. a. ermöglichen, Ausschreibungen in das Schengener Informationssystem (SIS) einzugeben; bislang können dies nur die Mitgliedstaaten tun. Außerdem soll Europol in die Lage versetzt werden, Daten mit privaten Unternehmen, z. B. Kommunikationsdienstleistern, auszutauschen. Das Plenum des EP muss die Verhandlungsposition in einer künftigen Sitzung bestätigen, bevor die Trilogverhandlungen mit dem Rat beginnen können.

[Pressemitteilung des EP vom 12.10.2021](#) (in englischer Sprache)



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verwendung künstlicher Intelligenz durch Justizbehörden und Polizei

In einer Entschließung, die am 06.10.2021 mit 377 gegen 248 Stimmen bei 62 Enthaltungen angenommen wurde, weist das Europäische Parlament (EP) auf das Risiko algorithmischer Voreingenommenheit bei KI-Anwendungen hin und betont die Notwendigkeit menschlicher Aufsicht und starker rechtlicher Kontrollen, insbesondere bei Strafverfolgung und Grenzübertritten. Das EP fordert ein dauerhaftes Verbot der Verwendung einer automatisierten Erkennung von Personen in öffentlich zugänglichen Räumen und ein Verbot der Nutzung privater Gesichtserkennungsdatenbanken. Der Entschließung des EP war ein entsprechender Berichtsentwurf des LIBE-Ausschusses vom 29.06.2021 vorausgegangen (EB 12/21) (siehe hierzu auch den Beitrag des StMJ und StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP vom 07.10.2021](#)

[Angenommener Text](#)

CYBERSICHERHEIT

Europäisches Parlament fordert gemeinsame EU-Cyberabwehrkapazitäten

In einer am 07.10.2021 angenommenen Entschließung fordert das Europäische Parlament (EP) eine besser koordinierte militärische Cyberabwehr, um die EU in diesem Bereich widerstandsfähiger zu machen. So seien eine gemeinsame Cyber-Verteidigungspolitik und eine weitreichende EU-Zusammenarbeit beim Aufbau besserer Cyber-Fähigkeiten zentrale Elemente einer verbesserten Europäischen Verteidigungsunion. Die derzeitige Fragmentierung und Komplexität der gesamten Cyber-Architektur der EU müsse überwunden werden. Das EP empfiehlt insoweit insbesondere die Einrichtung einer Gemeinsamen Cyber-Einheit, um den mangelnden Informationsaustausch zwischen den Organen, Einrichtungen und Agenturen der EU zu verbessern. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die Kommission am 23.06.2021 unterbreitet (EB 12/21).

[Pressemitteilung des EP vom 07.10.2021](#)

[Angenommener Text](#)

KATASTROPHENSCHUTZ

LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments beschließt Verhandlungsmandat zur Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen

Zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-RL), vorgelegt im Dezember 2020 (EB 04/21), legte der federführende LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 12.10.2021 seine Verhandlungsposition fest. Der Anwendungsbereich der Richtlinie – ausgelegt auf die Resilienz kritischer Einrichtungen gegen physische Bedrohungen – soll nach der Vorstellung der Kommission



von derzeit zwei auf dann zehn Sektoren ausgeweitet werden (Energie, Verkehr, Banken, Finanzmarktinfrastrukturen, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung und Raumfahrt). Der Ausschuss fordert, dass kritische Einrichtungen die Öffentlichkeit über Zwischenfälle oder ernste Risiken informieren. Dienstleister sollen außerdem bereits dann als „von europäischer Bedeutung“ angesehen werden, wenn sie Dienstleistungen in mindestens drei Mitgliedstaaten anbieten. Das Plenum des EP muss die Verhandlungsposition in einer künftigen Sitzung bestätigen, bevor die Trilogverhandlungen mit dem Rat beginnen können.

[Pressemitteilung des EP vom 12.10.2021](#) (in englischer Sprache)

ANTISEMITISMUS

Kommission legt erstmals EU-Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vor

Die Kommission hat am 05.10.2021 unter Federführung von EU-Kommissar *Schinus* erstmals eine EU-Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vorgelegt. Sie enthält zahlreiche Einzelmaßnahmen in drei Schwerpunktbereichen:

1. Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus:
Hier schlägt die Kommission u. a. den Aufbau eines europaweiten Netzes vertrauenswürdiger Hinweisgeber vor, um illegale Online-Hetze zu entfernen. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit Industrie und IT-Unternehmen gestärkt werden, um den illegalen Verkauf von Nazi-Symbolen, -Memorabilien und -Literatur im Internet zu verhindern.
2. Schutz und Förderung jüdischen Lebens in der EU:
Die Kommission kündigt hier u. a. an, EU-Mittel bereitzustellen, um den öffentlichen Raum und Gebetsstätten besser zu schützen. 2022 soll die nächste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht werden, hierfür werden 24 Mio. € bereitgestellt.
3. Aufklärung, Forschung und Gedenken an den Holocaust.
Siehe hierzu auch den Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB.

[Pressemitteilung der Kommission vom 05.10.2021](#)

[EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens 2021 - 2030](#) (in englischer Sprache)



STRAßENVERKEHRSSICHERHEIT

Europäisches Parlament empfiehlt Maßnahmen, um die Zahl der Verkehrstoten bis 2050 auf Null zu senken

In einer am 06.10.2021 angenommenen Entschließung empfiehlt das Europäische Parlament (EP) Maßnahmen, um die Zahl der Straßenverkehrstoten bis 2050 auf Null zu senken. Da Geschwindigkeitsbeschränkungen bei rund 30 % der tödlichen Straßenverkehrsunfälle ein Schlüsselfaktor seien, solle die Kommission beispielsweise eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in Wohngebieten und Gebieten, in denen es zahlreiche Radfahrer und Fußgänger gibt, vorschlagen. Außerdem fordert das EP eine Null-Toleranz-Grenze für Alkohol am Steuer, da Alkohol bei rund 25 % aller Todesfälle im Straßenverkehr eine Rolle spiele. Die Kommission solle auch die Einführung einer Vorschrift in Erwägung ziehen, wonach mobile und elektronische Geräte der Fahrer mit einem „sicheren Fahrmodus“ ausgestattet werden müssen, um Ablenkungen während der Fahrt zu verringern.

[Pressemitteilung des EP vom 06.10.2021](#)

[Angenommener Text](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

EISENBAHNVERKEHR

Fahrt des EU-Sonderzugs Connecting Europe Express endet in Paris – Halt auch in Bayern

Am 07.10.2021 endete die Fahrt des Sonderzugs Connecting Europe Express (CEE) in Paris. Seine Reise begann im Europäischen Jahr der Schiene am 02.09.2021 am Bahnhof Lissabon (EB 14/21). Der Zug durchquerte 26 Länder, legte mehr als 20.000 km zurück und stoppte an 120 Bahnhöfen. Am 26./27.09.2021 machte der CEE nach Schwandorf und Regensburg auch Halt in München, wo der EU-Sonderzug von Bayerns Verkehrsministerin *Kerstin Schreyer* begrüßt wurde. Diese Gelegenheit wurde auch von der Initiative „Magistrale für Europa“ genutzt, um für den Ausbau der Strecke Paris – Budapest zu werben, wozu in Bayern die Ausbaumaßnahmen Ulm – Augsburg, München – Mühldorf – Freilassing/Burghausen und der Verkehrsknoten München gehören.

Die Kommission kommt am Ende der Reise zum Ergebnis, dass mehr Investitionen für die Vollendung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) erforderlich seien. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission einen Projektauftrag mit 7 Mrd. € unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) gestartet (EB 15/21). Dabei spielt die Fertigstellung des Brennerbasistunnels und seiner Zulaufstrecken eine wichtige Rolle. Daneben müssen die Potentiale der Digitalisierung gehoben und die Einführung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) beschleunigt werden. Hürden bestehen auch immer noch bei der Realisierung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums, wie zum Beispiel nationale Vorschriften zum Wechsel der Lokführer an der Grenze. Ferner müsse die Bahn als ein umweltfreundliches Verkehrsmittel für die Kunden weiter an Attraktivität gewinnen.

Die Kommission kündigte an, bis Ende 2021 eine Überarbeitung der TEN-V-Verordnung sowie einen Aktionsplan zur Förderung des grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehrs vorzulegen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hinweis des StMB](#)

[Hintergrundinformationen zum Europäischen Jahr der Schiene 2021](#) (in englischer Sprache)

Kommission führt Befragung zur Harmonisierung des EU-Eisenbahnsystems durch

Bis zum 27.10.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zur Durchführungsverordnung zur schrittweisen Abschaffung bestimmter Zugschlussignale für Güterzüge durch. Ziel ist es, bis zum 01.01.2026 das EU-Eisenbahnsystem vollständig zu harmonisieren. Aktuell bestehen noch nationale Vorschriften, wie in Belgien, Frankreich, Portugal und Spanien, die für deren Streckennutzung zwei feste rote Lichter an Güterzügen vorschreiben. Diese Länder müssen ab dem 01.01.2022 auch Güterzüge mit reflektierenden Schildern die Streckennutzung erlauben. Daneben sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, regelmäßig über die



Umsetzung der Maßnahmen zu berichten. Eine Annahme durch die Kommission soll bis Ende des Jahres erfolgen.

[Befragung der Kommission](#)

LUFTVERKEHR

EU und Ukraine unterzeichnen Luftverkehrsabkommen

Am 12.10.2021 habe die Europäische Union und die Ukraine ein Luftverkehrsabkommen für einen gemeinsamen Luftverkehrsraum im Rahmen des EU-Ukraine-Gipfeltreffens in Kiew unterzeichnet (siehe weiteren Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Ziel ist es, den Marktzugang zu fördern, neue Geschäftsfelder für die Luftfahrtindustrie zu schaffen und die Konnektivität für Reisende zu verbessern. Dabei sollen die EU-Standards u. a. für Flugsicherheit, Flugverkehrsmanagement, Wettbewerb und Verbraucherschutz gelten. Das Abkommen sieht eine schrittweise Öffnung der jeweiligen Luftverkehrsmärkte und die Integration der Ukraine in einen gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum vor. Alle EU-Luftfahrtunternehmen erhalten die Möglichkeit, Direktflüge zu jedem Flughafen in der Ukraine anzubieten. Das Abkommen muss noch von beiden Seiten ratifiziert werden, bevor es formell in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission führt Konsultation zur EU-Drohnen-Strategie 2.0 durch

Bis zum 31.12.2021 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur EU-Drohnen-Strategie 2.0 durch. Ziel ist es, ein sicheres und effizientes Ökosystem für Drohnen als eine Form intelligenter und nachhaltiger Mobilität in Europa aufzubauen. Neben der Entwicklung des Rechtsrahmens sollen auch die Angebote an Mobilitätsdiensten und Verkehrsleistungen erweitert und Synergien zwischen dem militärischen und zivilen Bereich geschaffen werden. Die Kommission führt eine Studie durch, um eine Bestandsaufnahme über die Fortschritte bei der Einführung von Drohnen zu erhalten. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2022 geplant.

[Befragung der Kommission](#)

STRAßENVERKEHR

Kommission führt Befragung zur technischen Überwachung von Fahrzeugen durch

Bis zum 01.11.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zur technischen Überwachung von Fahrzeugen für den Straßenverkehr durch. Bereits am 04.10.2021 hatte die Kommission ihren Fahrplan für die Überarbeitung des EU-Verkehrssicherheitspakets veröffentlicht, das Teil der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ist (EB 20/20). Die Kommission vertritt die Ansicht, dass die Fahrzeugprüfungen den zunehmenden technologischen Entwicklungen angepasst werden müssten. Visuelle und mechanische



Prüfungen sollen demnach stärker durch die Auswertung von Betriebsdaten über die elektronische Fahrzeugschnittstelle ersetzt werden. Diese Inspektionsform wird mit einem verbesserten Austausch von Fahrzeugkontrolldaten innerhalb der EU einhergehen. Die Harmonisierung der Vorschriften soll auch den grenzüberschreitenden Fahrzeughandel verbessern. Im Anschluss an die Befragung wird im vierten Quartal 2021 eine öffentliche Konsultation folgen. Die Annahme der Richtlinie durch die EU-Kommission ist für das erste Quartal 2023 geplant.

[Befragung der Kommission](#)

Kommission führt Befragung zu Unfalldatenspeichern in Fahrzeugen durch

Bis zum 09.11.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zu einer delegierten Verordnung zu den technischen Anforderungen und Prüfverfahren für Unfalldatenspeicher (UDS) für die EU-Typgenehmigung von neuen Pkw und leichten Nutzfahrzeugen durch. UDS werden in Fahrzeugen zur Aufzeichnung und Speicherung von Daten bei einem Unfall verwendet, z. B. über die Geschwindigkeit, die Bremskraft und die Auslösung des Airbags. Gemäß der Verordnung (EU) 2019/2144 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen sollen UDS ab dem 06.07.2022 für neue Typen von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen verbindlich vorgeschrieben werden. Die anonymisierten UDS-Daten werden für die Unfallforschung und -analyse verwendet. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

[Befragung der Kommission](#)

Kommission führt Befragung zur Zuverlässigkeit eines Kraftverkehrsunternehmens durch

Bis zum 04.11.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zu einer Durchführungsverordnung über die Liste von Verstößen durch, die zu einer Aberkennung der Zuverlässigkeit von Straßenverkehrsunternehmen führen kann. Zuvor hatte die Kommission eine Befragung zur Harmonisierung der Risikobewertung von Straßenverkehrsunternehmen durchgeführt (EB 15/21). Ziel ist es, die Klassifizierung schwerwiegender Verstöße der Verordnung (EU) 2016/403 zu aktualisieren. Hierfür möchte die Kommission die bestehende Liste von Verstößen erweitern und die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung für die Bewertung berücksichtigen. Zudem werden neue Bestimmungen über Straftaten eingeführt, die zu schweren Verletzungen oder zum Tode führen können. Eine Annahme durch die Kommission könnte bis Ende des Jahres erfolgen.

[Befragung der Kommission](#)

Kommission führt Befragung zu Informationsdiensten für den Straßenverkehr durch

Bis zum 09.11.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zu einer delegierten Verordnung zu Informationsdiensten für den Straßenverkehr durch. Ziel ist es, intelligente Verkehrssysteme für die Beförderung von Personen und Gütern im Straßenverkehr zu fördern. Dabei spielt die Bereitstellung von Verkehrsinformationen in Echtzeit eine wichtige Rolle. Die Kommission möchte örtliche Straßennetze in den



geografischen Anwendungsbereich der Informationsdienste einbeziehen und die Nutzung neuer Datensätze, z. B. über Zufahrtsbeschränkungen im städtischen Raum, fördern. Darüber hinaus zielt die Kommission auf den freien Zugang zu Verkehrsdaten öffentlicher Stellen und von Straßenverkehrsgesellschaften ab. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

[Befragung der Kommission](#)

MULTIMODALER VERKEHR

Kommission führt Befragung zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch

Bis zum 02.11.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zu einer Folgenabschätzung für eine delegierte Verordnung zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch. Ziel ist es, mit Hilfe von digitalen Diensten einen nahtlosen multimodalen Personenverkehr in der EU zu ermöglichen. Dies betrifft sowohl eine transparente Reise- und Routenplanung als auch den effizienten Ticketkauf über alle Verkehrsträger hinweg. Durch die gezielte Steuerung der Verkehrsströme soll auch ein Beitrag zur Umsetzung des europäischen „Green Deals“ geleistet werden. Die Kommission plant eine öffentliche Konsultation hierzu im vierten Quartal 2021. Eine Annahme durch die Kommission soll bis September 2022 erfolgen.

[Befragung der Kommission](#)

BAUEN UND WOHNEN

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im zweiten Quartal 2021 in der EU

Am 07.10.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das zweite Quartal 2021 veröffentlicht (EB 13/21). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem zweiten Quartal 2020 um +7,3 %. Dies ist die höchste jährliche Zunahme in der EU seit dem dritten Quartal 2007. Die größten jährlichen Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Estland (+16,1 %), Dänemark (+15,6 %) und Tschechien (+14,5 %). In Deutschland stiegen die Hauspreise um +10,9 %. Der einzige Rückgang wurde in Zypern mit -4,9 % registriert.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Juli 2021 in der EU

Am 17.09.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Juli 2021 in der EU veröffentlicht (EB 14/21). Danach stieg diese in der EU-27 gegenüber Juli 2020 um 3,8 %. Die Bautätigkeit nahm im Hochbau um 4,7 % und im Tiefbau um 0,8 % zu. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Ungarn (+22,5 %), Österreich (+13,6 %) und Schweden (+9,7 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Spanien (-13,2 %), Slowenien (-8,0 %) und Belgien (-3,8 %). In Deutschland wurde ein Anstieg um +3,6 % registriert.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Polens Verfassungsgericht erklärt Bestimmungen der EU-Verträge für verfassungswidrig

Am 07.10.2021 erklärte das polnische Verfassungsgericht auf Antrag des polnischen Ministerpräsidenten mehrere Bestimmungen der EU-Verträge für verfassungswidrig. Dabei wird insbesondere der Anwendungsvorrang von EU-Recht vor nationalem Verfassungsrecht abgelehnt. Besonderen Anstoß nimmt das polnische Verfassungsgericht an dem in Art. 19 Abs. 1 EUV enthaltenen Recht auf effektiven Rechtsschutz, soweit dadurch die Unabhängigkeit nationaler Richter und damit die Ernennungsverfahren von Richtern europarechtlich überprüft werden könne. Die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts wurde am 12.10.2021 im Gesetzblatt veröffentlicht. Kommissionspräsidentin *von der Leyen* zeigte sich zutiefst besorgt über das Urteil. Sie betonte, dass EU-Recht Vorrang vor nationalem Recht, einschließlich nationalem Verfassungsrecht habe und dass sämtliche Urteile des EuGH bindend seien. Die Kommission werde das Urteil nun zunächst genau analysieren, bevor über die nächsten Schritte entschieden werde. Der EuGH hatte bereits mehrfach zur polnischen Justizreform und der Unabhängigkeit der Justiz in Polen entschieden. So urteilte der EuGH zuletzt, dass die Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshof in Polen gegen Unionsrecht verstoße. Da Polen dennoch die Tätigkeit der Disziplinarkammer nicht aussetzt, beantragte die Kommission am 07.09.2021 die Verhängung von Zwangsgeldern vor dem EuGH. Welche konkreten Auswirkungen das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts auf die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen haben wird, bleibt abzuwarten (siehe auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Erklärung der Kommissionspräsidentin vom 08.10.2021](#)

[Zur Veröffentlichung im polnischen Gesetzesblatt](#) (in polnischer Sprache)

EuGH hinterfragt erneut Unabhängigkeit der Justiz in Polen

Am 06.10.2021 urteilte der EuGH erneut im Zusammenhang mit der Justizreform in Polen. Dabei ging es um ein Vorabentscheidungsverfahren zu einer nicht einvernehmlichen Versetzung eines Richters (Rs. C-487/19). Im zugrunde liegenden Sachverhalt war ein polnischer Richter eines Bezirksgerichts gegen seinen Willen gerichtsintern versetzt worden. Diese Entscheidung griff er an und stellte dabei auch die Unabhängigkeit der Kammer des Obersten Gerichts in Zweifel, das über sein Rechtsmittel zu entscheiden hatte. Der EuGH entschied, dass eine nicht einvernehmliche Versetzungen eines Richters die richterliche Unabhängigkeit verletzen könne. Der Beschluss in einem dagegen gerichteten Rechtsbehelfsverfahren sei als nicht existent anzusehen, wenn die Ernennung des Spruchkörpers unter offensichtlicher Verletzung der Grundregeln erfolgt ist, die Bestandteil der Errichtung und der Funktionsfähigkeit des betroffenen Justizsystems sind. Dies im konkreten Fall zu beurteilen sei nun Aufgabe des vorlegenden Gerichts.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Entscheidung des EuGH](#)



EuGH bestätigt einstweilige Anordnung gegen polnische Disziplinarkammer

Am 06.10.2021 wies der EuGH den Antrag Polens auf Aufhebung seiner einstweiligen Anordnung vom 14.07.2021 (Rs. C-204/21 R) bezüglich der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts zurück. Am 14.07.2021 hatte der EuGH im Rahmen einer einstweiligen Anordnung entschieden, dass Polen seine nationalen Bestimmungen aussetzen müsse, mit denen die Disziplinarkammer ermächtigt wird, über Anträge auf Aufhebung der richterlichen Immunität sowie über Fragen zur Beschäftigung und Pensionierung von Richtern zu entscheiden. Am gleichen Tag hatte das polnische Verfassungsgericht – insoweit dem EuGH widersprechend – entschieden, dass die Vorschrift der EU-Verträge, auf deren Basis der EuGH seine einstweiligen Verfügungen erlassen hat, unvereinbar mit der polnischen Verfassung seien. Sie seien nicht vom Vorrang des EU-Rechts umfasst, da die Organisation der Justiz Sache der Mitgliedstaaten sei (EB 13/21). Polen hatte vor diesem Hintergrund beim EuGH beantragt, den Beschluss des EuGH vom 14.07.2021 aufzuheben. Der EuGH wies diesen Antrag nun zurück. Die Organisation der Justiz in den Mitgliedstaaten falle zwar in deren Zuständigkeit. Doch müssen die Mitgliedstaaten bei der Ausübung dieser Zuständigkeit die Verpflichtungen beachten, die sich für sie aus Art. 19 Abs. 1 EUV (Recht auf effektiven Rechtsschutz) ergeben.

[Beschluss des EuGH vom 06.10.2021](#)

Rat für Justiz und Inneres am 07. / 08. Oktober 2021

Am 07./08.10.2021 fand der Rat für Justiz und Inneres in Luxemburg statt. Die Justizminister tagten am 07.10.2021 (für die Tagung der Innenminister siehe Beitrag des StMI in diesem EB). Bei einem gemeinsamen Arbeitsmittagessen wurde das Phänomen der strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung („Strategic Lawsuits Against Public Participation“ – SLAPP) besprochen. Es sei notwendig, Journalisten vor missbräuchlichen Klagen zu schützen. Die Kommission plant im zweiten Quartal 2022 eine Initiative hierzu vorzulegen. Es folgte eine Orientierungsaussprache zum Thema Untersuchungshaft. Die Vereinheitlichung der Untersuchungshaft und das Problem der unterschiedlichen Haftbedingungen in den Mitgliedstaaten wurden in der Vergangenheit mehrfach auf EU-Ebene thematisiert. Die Ministerinnen und Minister sahen jedoch mehrheitlich keinen Bedarf, Voraussetzungen der Untersuchungshaft durch einen europäischen Rechtsakt zu regeln. Der rechtliche Rahmen sei durch Entscheidungen von EGMR und EuGH sowie Empfehlungen des Europarates hinreichend bestimmt. Es folgte ein Bericht über die jüngsten Entwicklungen bei der Europäischen Staatsanwaltschaft. Diese ist seit 01.06.2021 tätig und hat bereits mehr als 300 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bislang ernannte von den teilnehmenden Mitgliedstaaten allein Slowenien noch keine nationalen (delegierten) Europäische Staatsanwälte. Ursprünglich war zudem die Annahme von Ratsschlussfolgerungen zur EU-Kinderechtsstrategie geplant. Hierzu fehlte jedoch der Konsens im Rat.

[Tagungsseite des Rates](#)



Kommission veröffentlicht Bewertung des Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet

Am 07.10.2021 veröffentlichte die Kommission die Ergebnisse ihrer sechsten Bewertung des Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet. Insgesamt haben sich die Ergebnisse im Vergleich zu den Jahren 2019/2020 verschlechtert. IT-Unternehmen überprüfen innerhalb von 24 Stunden 81 % der Meldungen (2020: 90,4 %) und entfernen durchschnittlich 62,5 % (Vorjahre: 71 %) der gekennzeichneten Inhalte. Eine wesentliche Schwäche zeigte sich bei dem unzureichenden Feedback zu Meldungen von Nutzern: Die IT-Unternehmen gaben lediglich zu 60,3 % der eingegangenen Meldungen ein Feedback (Vorjahre: 67,1 %). Die Kommission möchte auch vor dem Hintergrund des „Digital Services Act“ mit den IT-Unternehmen erörtern, wie der Kodex weiterentwickelt werden könnte.

[Presseerklärung der Kommission](#)

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verwendung Künstlicher Intelligenz durch Justizbehörden und Polizei

Am 06.10.2021 nahm das Europäische Parlament (EP) eine Entschließung zu „Künstliche Intelligenz im Strafrecht und ihre Verwendung durch die Polizei und Justizbehörden in Strafsachen“ an. In der Entschließung erkennen die Abgeordneten zwar an, dass KI-Anwendungen einen positiven Beitrag im Bereich der Strafverfolgung und Justiz leisten können. Dennoch wird vor allem vor den (Missbrauchs-) Gefahren gewarnt. Daher fordern die Abgeordneten ein Verbot des Einsatzes von KI für die Erstellung von Vorschlägen von Gerichtsentscheidungen, ein Verbot der Verwendung einer automatisierten Analyse und / oder Erkennung anderer menschlicher Merkmale (wie Gangart, Fingerabdrücke, DNA, Stimme) in öffentlich zugänglichen Räumen, ein Verbot der Nutzung privater Gesichtserkennungsdatenbanken sowie ein Verbot jeglicher Verarbeitung biometrischer Daten zu Strafverfolgungszwecken, wenn diese Verarbeitung zu einer Massenüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen führt (siehe auch Beiträge des StMI und StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung des EP](#)



Öffentliche Konsultation: Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren

Am 04.10.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer Gesetzesinitiative zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (Strategic Lawsuits Against Public Participation – SLAPP-Klagen). Ziel der Initiative ist es, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger bei (politisch motivierten) missbräuchlichen Klagen besser als bisher zu schützen. Die Konsultation läuft bis 10.01.2022. Die Annahme einer Gesetzesinitiative ist für das zweite Quartal 2022 geplant.

[Zur Initiative](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Kommission will mit Mitgliedstaaten einen „strukturierten Dialog“ über digitale Bildung und Kompetenzen führen

Wie in der „State of the Union 2021“-Rede von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* angekündigt und Bezug nehmend auf die Aktionspläne für digitale Bildung und zur europäischen Säule sozialer Rechte will die Kommission nun mit den Mitgliedstaaten in einen sog. „strukturierten Dialog“ zur Weiterentwicklung der digitalen Bildung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union treten. Die Gespräche sollen demnächst beginnen, bis Ende 2022 dauern und die Grundlage bilden für weitere Maßnahmen der Kommission zur Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Kompetenzen. Auf diesem Weg soll gemeinsam ein Konsens über die Kernelemente einer effektiven und inklusiven digitalen schulischen und beruflichen Bildung in Europa erarbeitet werden. An dem strukturierten Dialog sollen Vertreter aus Politik und Verwaltung, von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, von Infrastrukturanbietern, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft teilnehmen können.

Kommission stellt anlässlich des Weltlehrtages neues Online-Tool für Lehrkräfte vor

Mit dem Ziel, den digitalen Wandel im Bereich der Kompetenzen von Lehrkräften der Primar- und Sekundarstufe zu unterstützen, hat die Kommission am 05.10.2021 das neue Online-Tool „SELFIE FOR TEACHERS“ freigeschaltet. Als Teil des Aktionsplans für digitale Bildung sollen damit Lehrkräfte selbständig ihre digitalen Kompetenzen erfassen, bewerten und verbessern können. Aufgrund der Angaben der Nutzer zur Verwendung von Technologien in verschiedenen Bereichen des schulischen Lebens wird automatisch ein Feedback über die Situation sowie Verbesserungsvorschläge erstellt. Kommissarin *Mariya Gabriel* und die slowenische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Sport *Simona Kustec* haben das Online-Tool in Ljubljana vorgestellt und dabei die Bedeutung der digitalen Kompetenzen von Lehrern und deren Weiterentwicklung betont.

[Pressemitteilung der Kommission zur Einführung von „SELFIE FOR TEACHERS“](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments beschließt Entschließungsentwurf zu EU-Haushalt 2022 - Aufwuchs bei Forschungsausgaben gefordert

Der Haushaltsausschuss (BUDG) des Europäischen Parlaments (EP) hat in seiner Sitzung am 11.10.2021 einen Entschließungsentwurf für den Haushaltsplan 2022 verabschiedet.

Der Entwurf äußert sich auch zu Ausgaben im Forschungsbereich. Demnach fordern die Parlamentarier, dass Mittel in Höhe von 408,7 Mio. €, die unter Horizont 2020 nicht verausgabt wurden, vollständig in das Programm Horizont Europa übertragen werden sollen, die Hälfte davon in den Cluster Gesundheit. Abgesehen davon wird gefordert, die Ausstattung für Horizont Europa in 2022 um 305 Mio. € im Vergleich zum Vorschlag der Kommission aufzustocken. Auch hier sollen, nach Willen des Ausschusses, die Gesundheits- und insbesondere die Krebsforschung im Mittelpunkt stehen. Für das Programm Erasmus+ wird ein Aufwuchs um 137 Mio. €, für Digitales Europa um 71 Mio. €, gefordert, um mit letzterem Investitionen in Cybersicherheit und künstliche Intelligenz noch stärker zu fördern.

Die Entschließung und die Änderungsanträge zum Haushalt werden in der Plenarsitzung des EP vom 18.10.2021 - 21.10.2021 in Straßburg erörtert und angenommen.

[Bericht des BUDG-Ausschusses im Volltext](#)

Drei von der EU geförderte Wissenschaftler mit dem Nobelpreis 2021 ausgezeichnet

Unter den vom 04.10.2021 - 08.10.2021 bekannt gegebenen Trägern des Nobelpreises 2021 sind drei Wissenschaftler, die in der Vergangenheit umfangreich durch EU-Förderungen unterstützt worden sind. In der Kategorie Physik handelt es sich dabei um *Klaus Hasselmann* vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, der sich eine Hälfte der Auszeichnung mit *Syukuro Manabe* von der Princeton University in den USA teilt, sowie *Giorgio Parisi* von der Sapienza University in Rom. Den Nobelpreis in Chemie erhält dieses Jahr *Benjamin List*, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, gemeinsam mit *David MacMillan* von der Princeton University in den USA.

Klaus Hasselmann erhielt den Nobelpreis für ein Modell, das den Zusammenhang zwischen Klima und Wetter in Bezug auf die Erderwärmung darstellt. Er nahm an zwei EU-Förderprogrammen teil: EURUCAS, für europäisch-russische Studien in der Arktis, und COMPLEX, für die Entwicklung von Modellen auf dem Weg zu einer emissionsärmeren Gesellschaft. Die beiden Programme wurden mit Mitteln über 7,5 Mio. € unterstützt.

Giorgio Parisi erhielt eine Förderung vom European Research Council (ERC) im Jahr 2009 und eine noch andauernde im Jahr 2016 in Höhe von insgesamt 3,7 Mio. €. Ausgezeichnet wurde er für seine Entdeckung des Einflusses des Zusammenspiels von Unordnung und Fluktuationen auf physikalische Systeme von der atomaren bis hin zur planetaren Ebene.



Die Forschung zur asymmetrischen Organokatalyse von *Benjamin List* ist ebenfalls durch zwei Förderungen des ERC mit insgesamt 4,5 Mio. € unterstützt worden. Er ist der neunte durch ERC-Mittel finanzierte Wissenschaftler, der mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden ist.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des ERC zu *Giorgio Parisi*](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des ERC zu *Benjamin List*](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Tagung der Euro-Gruppe

Am 04.10.2021 tagten die 19 Finanzminister der Euro-Staaten ([Euro-Gruppe](#)) in Luxemburg. Zentrale Themen waren makroökonomische Entwicklungen im Euroraum, Vorbereitungen internationaler Treffen, Prioritäten in der Eurozone in den jeweiligen Aufbau- und Resilienzplänen, das Arbeitsprogramm für themenbezogene Erörterungen für 2022, der 11. Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands sowie operative Aspekte der Bankenunion.

Deutschland wurde durch BMF *Jörg Kukies* vertreten, für die Kommission nahmen Exekutiv-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis* und Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* teil. Als Vertreter der Europäischen Zentralbank (EZB) war EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* vor Ort.

Unter dem Tagesordnungspunkt makroökonomische Entwicklung im Euroraum fand zunächst ein Austausch der Euro-Gruppe über die aktuelle Wirtschaftslage sowie zur Energiepreisentwicklung statt. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe, [Paschal Donohoe](#), betonte, dass ein erheblicher Teil der aktuellen Entwicklungen wahrscheinlich vorübergehender Natur sein werde und dass die Inflation 2022 wieder zurückgehen dürfte.

Im Vorfeld der bevorstehenden jährlichen Tagungen der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds hat die Euro-Gruppe sich einen Überblick über die Wechselkursentwicklungen in den vergangenen Monaten verschafft. Sie widmete sich ferner den Prioritäten in der Eurozone in den jeweiligen Aufbau- und Resilienzplänen (ARPs). Gemäß der [Kommission](#) würde die Umsetzung der nationalen ARPs, insbesondere der Reformvorhaben, einen kräftigen Wachstumsschub für den Euroraum bewirken.

Die Minister tauschten sich zudem zu ihrem Arbeitsprogramm für themenbezogene Erörterungen der Euro-Gruppe über Wachstum und Beschäftigung für 2022 aus und legten Schwerpunkte fest (u. a. Qualität der öffentlichen Finanzen, Arbeitsmarkt, Immobilienmarkt). Außerdem beschäftigten sie sich mit dem [11. Nachprogrammüberwachungsbericht zu Griechenland](#).

Anschließend befasste sich die Euro-Gruppe mit den operativen Aspekten der Bankenunion. Der Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der EZB, *Andrea Enria*, informierte die Euro-Gruppe über [die im Rahmen der EZB-Bankenaufsicht wahrgenommenen Aufsichtsaufgaben](#) und die Vorsitzende des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB), *Elke König*, [über die jüngsten Tätigkeiten des SRB](#).

[Schriftliche Zusammenfassung – Sitzung der Euro-Gruppe](#) (in englischer Sprache)

Rat für Wirtschaft und Finanzen: Wirtschaftliche Erholung, Vorbereitungen für internationale Tagungen, Rechtsvorschriften im Bereich Finanzdienstleistungen u. a.

Am 05.10.2021 tagte der [Rat für Wirtschaft und Finanzen](#) (ECOFIN) in Luxemburg. Zentrale Themen der 27 Wirtschafts- und Finanzminister waren u. a. der Stand der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit,



Erfahrungen aus dem Europäischen Semester 2021, der Stand der Implementierung des SURE-Instruments, Vorbereitungen für internationale Tagungen, Schlussfolgerungen zur Klimafinanzierung im Hinblick auf die 26. UN-Klimakonferenz.

Deutschland wurde durch BMF *Jörg Kukies* vertreten, für die Kommission nahmen Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* und Kommissarin für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion *Mairead McGuinness* teil.

Die Wirtschafts- und Finanzminister erörterten die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und verabschiedeten einen Durchführungsbeschluss des Rates zur [Billigung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans Maltas](#). Es folgte ein Meinungsaustausch des ECOFIN-Rates zum [Europäischen Semester 2021](#) und zur zukünftigen Umsetzung mit Blick auf die Aufbau- und Resilienzfazilität.

Die Kommission unterrichtete die ECOFIN-Minister zum Stand der Implementierung des SURE-Instruments bzw. zum [Ergebnis des zweiten Umsetzungsberichtes](#). Bislang hat die EU fast 90 Mrd. € für 19 Mitgliedstaaten bereitgestellt, um ihnen dabei zu helfen, die Arbeitsplätze und Einkommen der Arbeitnehmer zu schützen.

Ferner setzten die Wirtschafts- und Finanzminister die Vorbereitungen für das auf den 13./14.10.2021 anberaumte Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 und für die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds fort. Sie billigten außerdem im Hinblick auf die 26. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP 26) in Glasgow vom 01.11.2021 - 12.11.2021 die [Schlussfolgerungen zur Klimaschutzfinanzierung](#).

Des Weiteren erfolgte eine Aussprache zu den Vorschlägen zur Überarbeitung der für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen geltenden Aufsichtsregeln ([Solvabilität II](#)) und zu den aktuellen Gesetzgebungsvorschläge im Hinblick auf Finanzdienstleistungen.

[Ergebnisse der Ratstagung am 05.10.2021](#) (in englischer Sprache)

STEUERN

Steuervereinbarung für das digitale Zeitalter vom 08.10.2021

Am 08.10.2021 fand ein Treffen des Inclusive Framework zu Gewinnkürzung und -verlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem 140 Staaten und Jurisdiktionen angehören, statt. Dabei haben sich 136 Staaten zur [Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft anhand des Zwei-Säulen-Modells](#) verständigt (alle EU-Mitgliedstaaten haben zugestimmt). Damit wird die politische Vereinbarung über eine grundlegende Reform des internationalen Steuerrechts, zu der das Inclusive Framework im Juli 2021 gelangt war, aktualisiert und zum Abschluss gebracht.



- Eckpunkte
 - 1. Säule: Neuverteilung der Besteuerungsrechte zugunsten der Marktstaaten (statt wie bisher zugunsten der Sitzstaaten multinationaler Unternehmen):
 - Marktstaaten erhalten Besteuerungsrechte unabhängig davon, ob multinationale Unternehmen dort eine physische Präsenz haben.
 - Anwendungsbereich: Umsatz von 20 Mrd. € (Reduzierung auf 10 Mrd. € nach sieben Jahren möglich) und Rentabilität von mehr als 10 % (vor Steuern).
 - Umverteilungskriterium: 25 % des Gewinns sollen verteilt werden, soweit die Profitabilitätsschwelle von 10 % überschritten ist.
 - Schwellenwerte für Anknüpfungspunkt eines neuen Besteuerungsrechts in einem Marktstaat sollen bei 1 Mio. € pro Staat liegen, für Entwicklungsländer bei 250 Tsd. €.
 - 2. Säule = Globale Mindestbesteuerung:
 - Staaten erhalten das Recht, die Differenz zum Mindeststeuerniveau zu besteuern, wenn die Mindestbelastung in einer Jurisdiktion nicht erreicht wird.
 - Anwendungsbereich: Unternehmen mit Umsätzen über 750 Mio. €.
 - Mindeststeuersatz von 15 % (statt vorher: mind. 15 %).
 - Im Rahmen der 1. Säule wird erwartet, dass Rechte zur Besteuerung von Gewinnen i.H.v. mehr als 125 Mrd. \$ jährlich auf die Marktstaaten übergehen. Mit der 2. Säule könnten Schätzungen zufolge jährlich weltweit etwa 150 Mrd. \$ zusätzliche Steuereinnahmen erzielt werden.
 - OECD-Generalsekretär *Mathias Cormann* erklärte, dass die erzielte Vereinbarung dafür sorgen werde, dass „unser internationales Steuersystem gerechter wird und besser funktioniert“. Er nannte sie einen großen Sieg für einen effektiven, ausgewogenen Multilateralismus. Es solle gewährleistet werden, dass das internationale Steuersystem den Anforderungen einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft gerecht werde.
- [Pressemitteilung der OECD zur erzielten bahnbrechenden Steuervereinbarung für das digitale Zeitalter vom 08.10.2021](#)
- [Broschüre: Zwei-Säulen-Lösung zur Bewältigung der steuerlichen Herausforderungen durch die Digitalisierung der Wirtschaft](#) (in englischer Sprache)
- [Weitere Informationen zu den laufenden Verhandlungen über die internationale Steuerreform](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

REACT-EU: Bereits 34 Mrd. € für Regionen und Städte genehmigt

Die Kommission hat am 11.10.2021 eine erste Bilanz zur Corona-Aufbauhilfe REACT-EU vorgelegt. Demnach wurden innerhalb von vier Monaten bereits 86 % der für das Jahr 2021 für Städte und Regionen zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen, insgesamt 34 Mrd. €. Davon stammen 21,7 Mrd. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, 12 Mrd. € aus dem Europäischen Sozialfonds und 410 Mio. € aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen. Für Deutschland stehen rund 1,9 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung. Die REACT-EU-Mittel ergänzen die Investitionsoffensive zur Bewältigung der COVID-19-Krise (CRII).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfe: Kommission genehmigt deutsche Beihilfe für Messeveranstalter

Die Kommission hat am 11.10.2021 eine mit 150 Mio. € ausgestattete deutsche Regelung zur Unterstützung von Veranstaltern von Messen und Ausstellungen in der Corona-Krise nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Die Veranstalter sollen dabei für die Organisation solcher Veranstaltungen entschädigt werden, die zwischen dem 01.10.2021 und dem 30.09.2022 stattfinden sollen, falls diese aufgrund von Corona-Maßnahmen nicht stattfinden können. Der Ausgleich beschränkt sich auf die tatsächlichen Nettokosten der annullierten Messe oder Ausstellung, d. h. die Kosten, die nicht anderweitig abgedeckt werden, wie etwa durch Versicherungen und wird in Form von Direktzuschüssen in Höhe von bis zu 80 % der beihilfefähigen Kosten gewährt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Konsultation zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

Die Kommission hat am 06.10.2021 eine öffentliche Konsultation zu geplanten Änderungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) eingeleitet. Die Überarbeitung zielt darauf ab, Änderungen an mehreren derzeit überarbeiteten Beihilfeleitlinien zu berücksichtigen und den digitalen und grünen Wandel weiter voranzubringen. Die neuen Vorschriften sollen zudem dazu beitragen, die Grundlagen für eine nachhaltige Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie zu schaffen. Staatliche Beihilfen, die unter den Anwendungsbereich der AGVO fallen, müssen nicht vorab von der Kommission genehmigt werden, da die AGVO bestimmte Gruppen von staatlichen Beihilfen für mit dem EU-Recht vereinbar erklärt.



Die Annahme der überarbeiteten AGVO ist für das erste Halbjahr 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 08.12.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)

EU-Kartellrecht: Kommission führt unangekündigte Nachprüfungen im Zellstoffsektor durch

Die Kommission hat am 12.10.2021 in mehreren Mitgliedstaaten unangekündigte Nachprüfungen in den Geschäftsräumen von im Zellstoffsektor tätigen Unternehmen durchgeführt. Dies geschah, da die Kommission Bedenken hat, dass die Unternehmen gegen das EU-Kartellrecht verstoßen haben. Unangekündigte Nachprüfungen sind ein erster Schritt bei der Untersuchung mutmaßlicher wettbewerbswidriger Verhaltensweisen. Die Dauer der Untersuchung hängt u. a. von der Komplexität des jeweiligen Falles ab und unterliegt keiner Frist. Zellstoff ist ein trockener Faserstoff aus Holz, der zur Herstellung verschiedener Papiererzeugnisse verwendet wird.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Urteil des EuGH: Bei Kartellrechtsverstoß der Muttergesellschaft kann Tochtergesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen in Anspruch genommen werden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 06.10.2021 entschieden, dass bei einer von einer Muttergesellschaft begangenen Zuwiderhandlung gegen das EU-Kartellrecht von deren Tochtergesellschaft Schadensersatz verlangt werden kann (C-882/19 – Sumal). Erforderlich ist hierfür, dass die beiden Gesellschaften zum Zeitpunkt der Zuwiderhandlung eine wirtschaftliche Einheit bildeten.

Die Sumal SL hatte eine Schadensersatzklage gegen die Mercedes Benz Trucks España SL (MBTE), einer Tochtergesellschaft der Daimler AG, erhoben, da die Daimler AG zwischen 1997 und 2011 durch Absprachen mit 14 weiteren europäischen Lkw-Herstellern gegen das EU-Kartellrecht verstoßen hatte. Sumal SL hatte in dieser Zeit zwei Lkws von MBTE erworben.

Das vorliegende spanische Gericht hatte den EuGH um Auslegung gebeten, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen im Anschluss an einen Beschluss der Kommission, mit dem wettbewerbswidrige Verhaltensweisen einer Muttergesellschaft festgestellt worden sind, eine Schadensersatzklage gegen deren Tochtergesellschaft erhoben werden kann.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Volltext des Urteils](#)



Kommission führt Konsultation zur EU-Drohnen-Strategie 2.0 durch

Die Kommission hat am 08.10.2021 eine öffentliche Konsultation für eine geplante Mitteilung über eine EU-Drohnen-Strategie 2.0 eingeleitet (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB). Die Strategie zielt auf den Aufbau eines sicheren und effizienten Drohnen-Ökosystems ab und wurde im Rahmen der Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität angekündigt. Die Annahme der Mitteilung ist für das 4. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 31.12.2021.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

Kommission veröffentlicht Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie

Die Kommission hat am 05.10.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase für eine Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie veröffentlicht (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB). Die Überarbeitung zielt darauf ab, Kinder besser vor Risiken in Spielzeug, insbesondere vor Chemikalien, zu schützen und baut auf der Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien auf. Eine öffentliche Konsultation ist für das 4. Quartal 2021, die Annahme der Kommission im 4. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 02.11.2021.

[Zur Initiative](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt neues Gemeinschaftsunternehmen von Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren, Messer Industriegase, RWE Generation und Siemens

Die Kommission hat am 12.10.2021 die Gründung eines neuen Gemeinschaftsunternehmens durch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren, Messer Industriegase, RWE Generation und Siemens genehmigt. Das Gemeinschaftsunternehmen wird sich mit der Planung, der Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb einer Anlage und von Tankstellen für die Herstellung und den Vertrieb von Wasserstoff in Jülich befassen. Die Beteiligungsgesellschaft Düren verwaltet die Beteiligungen des Kreises Düren. Messer Industriegase ist ein Hersteller von Industrie- und Spezialgasen. RWE Generation ist in der Stromerzeugung tätig und Siemens bietet Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Industrie, Mobilität, Infrastruktur und Gesundheit an. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10444](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Schaltbau Holding AG durch Carlyle Group

Die Kommission hat am 04.10.2021 den Erwerb der alleinigen Kontrolle über die deutsche Schaltbau Holding AG mit Sitz in München durch die US-amerikanische Carlyle Group genehmigt. Schaltbau ist ein Anbieter von Systemen und Komponenten für den Verkehrssektor mit den Schwerpunkten Schieneninfrastruktur,



Kraftfahrzeuge, rollendes Material, Elektromobilität sowie erneuerbare Energien und industriellen Anwendungen. Carlyle ist in der alternativen Vermögensverwaltung in den Bereichen Private Equity, Kredite und andere Investitionen tätig. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10457](#) (in englischer Sprache)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von zooplus durch Hellman & Friedman

Die Kommission hat am 05.10.2021 den Erwerb der alleinigen Kontrolle über das deutsche Unternehmen zooplus mit Sitz in München durch das US-amerikanische Unternehmen Hellman & Friedman LLC genehmigt. Zooplus ist im Online-Handel mit Haustierbedarf in 30 europäischen Ländern tätig. Hellman & Friedman ist eine weltweit tätige Private-Equity-Firma. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10462](#) (in englischer Sprache)

AUßENWIRTSCHAFT

Fahrplan für eine aktualisierte Zollrisikomanagement-Strategie

Die Kommission hat am 05.10.2021 einen Fahrplan für eine geplante Mitteilung für eine aktualisierte EU-Strategie zum Zollrisikomanagement veröffentlicht. Diese zielt u. a. auf die Verbesserung des Zollrisikomanagements durch wirksamere Grenzkontrollen, die Senkung der finanziellen und nichtfinanziellen Risiken für die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit von gesetzestreuem Unternehmen in der EU ab. Die Annahme der Mitteilung durch die Kommission ist für das 1. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 02.11.2021.

[Zur Initiative](#)

ENERGIE

Steigende Energiepreise: Kommission legt Mitteilung zur Unterstützung der Mitgliedstaaten vor

Die Kommission hat am 13.10.2021 eine Mitteilung zu den steigenden Energiepreisen veröffentlicht. Diese umfasst einen „Instrumentenkasten“, der die EU und die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der unmittelbaren Auswirkungen des derzeitigen Preisanstiegs und bei der Stärkung der Resilienz gegenüber künftigen Preisschock unterstützen soll.

Die Kommission schlägt darin u. a. kurzfristige nationale Maßnahmen wie etwa gezielte Steuersenkungen, Notfall-Einkommensunterstützung für Haushalte oder Beihilfen für Unternehmen vor. Zudem plant sie,



Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu unterstützen, die Beschaffung von Gasreserven zu prüfen und die derzeitige Gestaltung des Strommarkts zu bewerten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission zu den steigenden Energiepreisen](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zur Mitteilung zu den steigenden Energiepreisen](#)

Transeuropäische Energienetze: Europäisches Parlament legt Position zur TEN-E-Verordnung fest

Das Europäische Parlament (EP) hat am 06.10.2021 seine Position zur Überarbeitung der Verordnung über das transeuropäische Energienetz (TEN-E) angenommen. Die Verordnung zielt auf die Modernisierung, Dekarbonisierung und die Verknüpfung der grenzübergreifenden Energieinfrastrukturen in der EU ab und soll einen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele leisten. Die Kommission hat ihren Vorschlag im Dezember 2020 vorgelegt (EB 20/20). Die meisten Vorhaben sollen durch die Fazilität „Connecting Europe“ finanziert und im Rahmen von Vorhaben von gemeinsamem Interesse verwirklicht werden. Der Rat hat bereits am 11.06.2021 die allgemeine Ausrichtung angenommen (EB 11/21), sodass nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen können.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Digitalisierung des Energiesektors

Die Kommission hat am 04.10.2021 eine öffentliche Konsultation für einen Aktionsplan zur Digitalisierung des Energiesektors eingeleitet. Dieser zielt auf die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Marktes für digitale Energiedienstleistungen und eine digitale Energieinfrastruktur, die cybersicher, effizient und nachhaltig sind, ab. Hierdurch sollen auch die Integration der Energiesysteme und die Beteiligung von Prosumenten an der Energiewende unterstützt und die Interoperabilität von Energiedaten, -plattformen und -dienstleistungen sichergestellt werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 24.01.2022.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Kommission veröffentlicht ersten Umsetzungsbericht zur EU-Verordnung über invasive Arten

Am 13.10.2021 hat die Kommission den ersten Umsetzungsbericht zur EU-Verordnung über invasive Arten ([Verordnung \(EU\) Nr. 1143/2014](#) über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten) veröffentlicht. Ziel der Verordnung ist die Vermeidung nachteiliger Auswirkungen invasiver Arten auf die einheimische Tier- und Pflanzenwelt. Invasive gebietsfremde Arten sind eine Hauptursache für den Verlust der biologischen Vielfalt in Europa. In Deutschland sind einige invasive Arten, wie die Chinesische Wollhandkrabbe, der Waschbär oder das Drüsige Springkraut, mittlerweile weit verbreitet. Zwar können einige erste Erfolge wie die Einrichtung von Überwachungssystemen in den Mitgliedstaaten, neue Melde- und Warnmechanismen und eine stärkere Sensibilisierung für das Problem invasiver gebietsfremder Arten festgestellt werden. Allerdings bestehen noch weitere zu bewältigende Herausforderungen. So verfügen einige Mitgliedstaaten nicht über ausreichende Mittel oder Verwaltungskapazitäten, um gegen invasive Arten vorzugehen. Zudem haben die meisten Mitgliedstaaten noch keine Aktionspläne zur Bekämpfung der wichtigsten Einführungs- und Ausbreitungspfade erstellt. Die Überwachungssysteme und Kontrollstrukturen in vielen Mitgliedstaaten gilt es noch zu verbessern. Die Kommission hat weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung angekündigt.

[Bericht](#)

Kommission veröffentlicht aktualisierten Leitfaden zum Schutz von streng geschützten Tierarten nach der FFH-Richtlinie

Am 12.10.2021 hat die Kommission einen aktualisierten Leitfaden zum strengen Schutz von Tierarten im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) veröffentlicht. Der Leitfaden soll den EU-Mitgliedstaaten helfen, die Umsetzung der FFH-Richtlinie vor Ort durch die zuständigen Behörden und alle Beteiligten zu verbessern. Er wurde in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und Verbänden erstellt, enthält praktische Ratschläge und berücksichtigt die jüngste europäische Rechtsprechung. Der Leitfaden erläutert die Verpflichtungen, die sich aus den Artikeln 12 (strenge Schutzregelung) und 16 (Ausnahmen) der FFH-Richtlinie ergeben, insbesondere in Bezug auf große Beutegreifer wie Wölfe und Bären. Zudem werden Initiativen auf EU-Ebene und Finanzierungsmöglichkeiten zur Förderung der Koexistenz von streng geschützten Arten und dem Menschen aufgezeigt.

[Leitfaden](#)



Kommission veröffentlicht Bericht zum Umsetzungsstand der Nitrat-Richtlinie

Am 11.10.2021 hat die Kommission den neuesten Bericht über die Umsetzung der Nitrat-Richtlinie (Datengrundlage für den Zeitraum 2016 - 2019) veröffentlicht, der vor einer übermäßig hohen Nitratkonzentration in Gewässern warnt und weitere Anstrengungen von den Mitgliedstaaten (insbesondere u. a. auch von Deutschland) einfordert. Zwar hat sich die Qualität der nationalen Aktionsprogramme verbessert, jedoch sind die bestehenden Maßnahmen bei der Bekämpfung von aus der Landwirtschaft mit Nitrat belasteten Gebieten in vielen Fällen nicht ausreichend. Die Folgen des Klimawandels müssen bei den Anstrengungen zur Verringerung der Nitratbelastung auch auf nationaler Ebene stärker berücksichtigt werden. Im Bericht wird insbesondere betont, dass einige Mitgliedstaaten, u. a. Deutschland neben Belgien, der Tschechischen Republik, Luxemburg, Spanien und den Niederlanden dringend zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, weil sie von der Zielerreichung am weitesten entfernt sind. Die Kommission hat weitere Maßnahmen angekündigt, damit die Anforderungen der Nitrat-Richtlinie besser eingehalten werden. Im Jahr 2022 soll u. a. ein Aktionsplan für ein integriertes Nährstoffmanagement ausgearbeitet werden, der auf dem Null-Schadstoff-Aktionsplan vom 12.05.2021 beruht.

[Bericht der Kommission](#)

Europäisches Parlament und Rat beschließen Änderungen der Aarhus-Verordnung

Am 05.10.2021 hat das Europäische Parlament (EP) die im Trilogverfahren am 12.07.2021 erzielte vorläufige Einigung zur Änderung der Aarhus-Verordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 1367/2006](#) über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten) mit großer Mehrheit (554 Ja-Stimmen, 127 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen) angenommen.

Am 06.10.2021 hat der Umweltrat den Kompromisstext zur Änderung der Aarhus-Verordnung mit 26 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung (Schweden) gebilligt. Luxemburg, Österreich und Dänemark haben in einer gemeinsamen Erklärung betont, dass sie die Änderungen zwar mittragen, jedoch grundsätzlich ein höheres Ambitionsniveau fordern. Gleichzeitig haben sie ihr Bedauern darüber ausgedrückt, dass die Frage der staatlichen Beihilfen im Entwurf nicht angegangen wurde.

[Angenommener Text EP](#)

[Gebilligte Dokumente Rat](#)

Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen und Landwirte!“ sammelt über 1,1 Millionen Unterschriften

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Rettet die Bienen und die Landwirte!“ („Save bees and farmers!“) hat bis zum 30.09.2021 insgesamt 1.161.257 Unterschriften erhalten. Die Schwelle von einer Million Unterschriften



wurde somit erreicht, die für die Validierung durch die Kommission erforderlich ist. Die Bürgerinitiative zielt darauf ab, dass die Kommission Rechtsakte vorschlägt, synthetische Pestizide bis 2035 auslaufen zu lassen, die biologische Vielfalt zu stärken und Landwirte bei der Umstellung zu unterstützen. Zu den Initiatoren der Bürgerinitiative gehören über 220 Organisationen in Europa, insbesondere Umweltverbände (u. a. BUND, PAN – Pestizid-Aktions-Netzwerk e.v., DNR Deutscher Naturschutzring), landwirtschaftliche Initiativen, Imkerverbände und Wissenschaftler. Nach Ablauf der Eintragsfrist am 30.09.2021 wird binnen drei Monaten geprüft, ob die Initiative die Bedingungen (insgesamt mindestens 1 Million gültige Unterschriften und Unterzeichnungen aus mindestens 7 EU-Ländern, wobei für jeden dieser Mitgliedstaaten eine Mindestanzahl erreicht werden muss; z. B. in Deutschland mindestens 67.680 Unterschriften) erfüllt. Danach teilt die Kommission mit, ob sie auf die Initiative hin einen Vorschlag für eine neue Rechtsvorschrift einbringen wird oder nicht.

[Europäische Bürgerinitiative Bienen und Bauern retten!](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu den gesellschaftlichen Kosten industrieller Luftverschmutzung

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat am 29.09.2021 einen Bericht zu den gesellschaftlichen Kosten industrieller Luftverschmutzung veröffentlicht. Nach dem EUA-Bericht verursachen Emissionen von Luftschadstoffen und Treibhausgasen (THG) aus großen Industrieanlagen in Europa durch die Schädigung der menschlichen Gesundheit, der Umwelt und der Infrastruktur gesellschaftliche Kosten zwischen 277 und 433 Mrd. € (Datenbasis Jahr 2017). Dieser Betrag entspricht ca. 2 - 3 % des BIP der EU. Die europäische Industrie hat erhebliche Fortschritte bei der Verringerung der Umwelt- und Klimaauswirkungen erzielt, jedoch sind die gesellschaftlichen Kosten bzw. „externen Effekte“, die durch die Luftverschmutzung durch den industriellen Sektor verursacht werden, nach wie vor hoch. 211 Industrieanlagen sind für 50 % der durch Luftverschmutzung verursachten Schäden verantwortlich, die hauptsächlich aus Deutschland, Großbritannien, Polen, Spanien und Italien stammen. Die größten externen Schäden für Gesundheit und Umwelt verursacht laut dem Bericht die Luftverschmutzung durch Wärmekraftwerke. Es folgen die Bereiche Schwerindustrie, Brennstoffherstellung und -verarbeitung, Leichtindustrie, Abfallwirtschaft, Tierhaltung und Abwasseraufbereitung.

[EUA-Bericht](#) (in englischer Sprache)

Umsetzung der Seveso III-Richtlinie: Bericht der Kommission zeigt Verbesserungen bei der Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen auf

Die Kommission hat am 29.09.2021 einen Bericht über die Umsetzung der [Richtlinie 2012/18/EU](#) zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (sog. Seveso III-Richtlinie) veröffentlicht. Die Seveso III-Richtlinie enthält Vorgaben zur Verhütung schwerer Industrieunfälle, um die schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu minimieren. Aus dem Bericht



geht hervor, dass sich die Zahl der schweren Arbeitsunfälle in der EU zwischen 2015 und 2018 auf einem niedrigen Niveau stabilisiert hat. In dem Zeitraum gab es in der EU weniger als 25 schwere Unfälle pro Jahr bei rund 12.000 Betrieben, die unter den Anwendungsbereich der Seveso III-Richtlinie fallen. Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts hat die Kommission angekündigt, dass sie mit den Mitgliedstaaten noch enger zusammenarbeiten möchte, um die Einhaltung der Richtlinie zu verbessern. Synergien zwischen der Seveso III-Richtlinie und dem Katastrophenschutzverfahren der Union sollen entwickelt werden, um die Prävention, Vorsorge und Reaktion im Falle eines schweren Industrieunfalls zu verbessern. Hierzu soll insbesondere das elektronische Seveso Anlagenberichtssystem (eSPIRS – electronic Seveso Plants Information Retrieval System) in das Global Disaster Alert and Coordination System integriert werden, um Betreiber und zuständige Behörden effektiv zu warnen, wenn ein Ereignis eintritt, das einen schweren Industrieunfall auslösen könnte.

[Bericht der Kommission](#)

Europäische Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zur nachhaltigen Wassernutzung in der Landwirtschaft

Am 28.09.2021 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) den Bericht „Nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft: GAP-Mittel fördern eher eine stärkere als eine effizientere Wassernutzung“ veröffentlicht. Darin wurden die Auswirkungen der Landwirtschaft auf den mengenmäßigen Zustand der Wasserkörper in der EU untersucht und inwieweit die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) die nachhaltige Nutzung von Wasser in der Landwirtschaft fördern. Der ERH stellt im Bericht fest, dass die Agrarpolitik sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht konsequent auf die Wasserpolitik der EU abgestimmt ist. Das Wasserrecht der Mitgliedstaaten enthält viele Ausnahmen für die landwirtschaftliche Wassernutzung. Nur wenige GAP-Regelungen verknüpfen Zahlungen mit strengen Anforderungen an eine nachhaltige Wassernutzung. Der ERH empfiehlt, dass die Mitgliedstaaten Ausnahmen von der Umsetzung der WRRL in der Landwirtschaft besser begründen. GAP-Zahlungen sollten an Umweltstandards zur nachhaltigen Wassernutzung anknüpfen. Im Rahmen der GAP finanzierte Projekte (z. B. Bewässerungsprojekte) sollten gewährleisten, dass sie zur Erreichung der WRRL-Ziele beitragen.

[ERH: Bericht Nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Titandioxid soll als Lebensmittelzusatzstoff ab 2022 verboten werden

Am 08.10.2021 haben die Experten der EU-Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (PAFF Committee) dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, die Verwendung von Titandioxid (E171) als Zusatzstoff in Lebensmitteln ab 2022 zu verbieten. Bislang wird Titandioxid als Lebensmittelfarbstoff in einer Reihe von Lebensmittelprodukten (z. B. fermentierte Milchprodukte, Kaugummi, Speiseeis) verwendet. Der Vorschlag der Kommission stützt sich auf das wissenschaftliche Gutachten der



Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die in ihrem [Gutachten vom 06.05.2021](#) den Lebensmittelzusatzstoff Titandioxid (E171) als nicht mehr sicher bewertete. Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Genotoxizität (Schädigung des genetischen Materials von Zellen, d. h. die DNA) nach dem Verzehr von Titandioxidpartikeln, da sich diese im Körper anreichern können. Nunmehr haben Rat und Europäisches Parlament die Möglichkeit, binnen zweier Monate ggf. Einwände gegen den Verordnungsvorschlag der Kommission zu erheben. Andernfalls tritt die Verordnung Anfang 2022 in Kraft. Im Verordnungsvorschlag ist vorgesehen, dass Lebensmittel mit Titandioxid ab Inkrafttreten der Verordnung maximal sechs Monate noch in Verkehr gebracht werden dürfen. Nach diesem Datum dürfen solche Lebensmittel bis zu ihrem Mindesthaltbarkeitsdatum bzw. ihrem Verbrauchsdatum noch auf dem Markt bleiben.

[Vorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission leitet Konsultation zum Verordnungsentwurf zur Beschränkung der Verwendung von Grüntee-Catechinen in Lebensmitteln ein

Am 06.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf für eine Verordnung zur Beschränkung der Verwendung von Grüntee-Catechinen in Lebensmitteln eingeleitet. Catechine sind sekundäre Pflanzenstoffverbindungen, die in den Blättern des grünen Tees vorkommen. Nach einer 2018 erstellten wissenschaftlichen Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit können Catechine in Grüntee-Extrakten, die als Nahrungsergänzungsmittel eingenommen werden, zu einer Schädigung der Leber führen. Mit der geplanten Verordnung soll die Verwendung von Grüntee-Extrakten beschränkt werden, um sicherzustellen, dass Lebensmittel, die diesen Stoff enthalten, für den menschlichen Verzehr unbedenklich sind. Bis zum 03.11.2021 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)



Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Novellierung der Kosmetik-Verordnung

Am 04.10.2021 hat die Kommission einen Fahrplan mit einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase hinsichtlich der Überarbeitung der Kosmetik-Verordnung ([Verordnung \(EU\) Nr. 1223/2009](#)) veröffentlicht. Die Initiative zielt darauf ab, ein hohes Niveau des Gesundheitsschutzes bei kosmetischen Mitteln zu gewährleisten und die bestehenden Regelungen hierzu zu verbessern. Seitens der Kommission werden verschiedene Maßnahmen geprüft, wie z. B. die Ausweitung des allgemeinen Risikomanagementansatzes, Ausweitung von Beschränkungen bei Verwendungszwecken, Berücksichtigung von Kombinationswirkungen, Verbesserung der Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz der Sicherheitsbewertungen, Überprüfung der Definition von Nanomaterialien (kohärente Terminologie im Chemikalienrecht) sowie die Art und Weise von Produktinformationen auf der Verpackung oder in digitaler Form. Bis zum 01.11.2021 besteht die Gelegenheit zur Rückmeldung. Eine öffentliche Konsultation ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Die Annahme der novellierten Verordnung durch die Kommission soll im vierten Quartal 2022 erfolgen.

[Fahrplan](#)

EuGH: Streikmaßnahmen sind keine von der Entschädigungspflicht für Flugannullierungen befreienden außergewöhnlichen Umstände

Der EuGH hat mit Urteil vom 06.10.2021 in der Rechtssache C-613/20 entschieden, dass Fluggäste in der Regel auch dann ein Anrecht auf Entschädigung haben, wenn ihre Flugverbindung wegen eines Streiks des Kabinenpersonals gestrichen wurde. Die Fluggesellschaft kann sich nicht auf „außergewöhnliche Umstände“ im Sinne von Art. 5 Abs. 3 der EU-Fluggastrechteverordnung ([Verordnung Nr. 261/2004](#)) berufen. Ein Streik der Beschäftigten eines ausführenden Luftfahrtunternehmens ist kein „außergewöhnlicher Umstand“, wenn dieser Streik mit Forderungen zur Durchsetzung von Gehaltsforderungen bzw. Sozialleistungen der Beschäftigten verbunden ist, die im Rahmen des konzerninternen sozialen Dialogs verhandelt werden können. Ein Kunde einer Fluggesellschaft klagt vor dem Landgericht Salzburg in Österreich auf 250 € Entschädigung, weil sein Flug von Salzburg nach Berlin-Tegel aufgrund eines Streiks des Kabinenpersonals annulliert wurde. Die Fluggesellschaft hatte sich darauf berufen, dass der Streik einen außergewöhnlichen Umstand darstellt und das Unternehmen alle zumutbaren Maßnahmen ergriffen habe, um die Auswirkungen des Streiks zu begrenzen.

[EuGH-Urteil C-613/20](#)

Kommission veröffentlicht Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie

Am 05.10.2021 hat die Kommission einen Fahrplan mit einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase hinsichtlich der Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie ([Richtlinie 2009/48/EG](#)) veröffentlicht. Mit dieser Initiative sollen Kinder besser vor Risiken in Spielzeugen, insbesondere vor Chemikalien, geschützt und der Binnenmarkt für Spielzeug gestärkt werden. Basierend auf den Erkenntnissen einer 2020 durchgeführten Bewertung der



bestehenden Spielzeugsicherheitsvorschriften und der Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien prüft die Kommission verschiedene Maßnahmen, wie z. B. die Ausweitung des allgemeinen Risikobewertungsansatzes, die Überarbeitung der Ausnahmen von den allgemeinen Verboten, Ermöglichung der Festlegung chemischer Grenzwerte für jegliches Spielzeug (nicht nur für Kinder unter 36 Monaten), Erstellung von Positivlisten für bestimmte Farbstoffe oder Konservierungsmittel, Anforderungen an die Kennzeichnung der chemischen Zusammensetzung von Spielzeug, Risiken von mit dem Internet verbundenen Spielzeugen, Anforderungen eines digitalen Produktpasses sowie die Umwandlung der Richtlinie in eine Verordnung. Bis 02.11.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung. Im weiteren Verlauf ist auch eine öffentliche Konsultation für das vierte Quartal 2021 geplant. Die Annahme des Legislativvorschlags durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2022 vorgesehen.

[Fahrplan](#)

Europäische Bürgerinitiative für umfassendes Werbeverbot zu fossilen Brennstoffen gestartet

Am 04.10.2021 startete die Sammlung von Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu einem „Verbot der Werbung für fossile Brennstoffe und des Sponsorings im Bereich fossiler Brennstoffe“. Verschiedene Umweltorganisationen wollen mit der Initiative erreichen, dass die verkaufssteigernde Wirkung von Werbung für klimaschädliche und luftverschmutzende Produkte beschränkt wird. Die Kommission soll nach dem Willen der EBI einen entsprechenden Rechtsakt vorschlagen, mit dem Werbung für fossile Brennstoffe (Öl, Erdgas, Kohle) sowie Werbung für mit fossilen Brennstoffen betriebenen Luft-, Straßen- und Schiffsverkehr (Ausnahme für ÖPNV) verboten wird. Die EBI „Werbe- und Sponsoringverbote für fossile Brennstoffe“ wurde von der Kommission am 16.06.2021 registriert. Sofern binnen eines Jahres über eine Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen EU-Mitgliedsländern (für jedes EU-Mitgliedsland besteht eine Mindestanzahl; z. B. für Deutschland: 67.680 Unterschriften) gesammelt werden, muss sich die Kommission damit befassen.

[EBI „Werbe- und Sponsoringverbote für fossile Brennstoffe“](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister trafen sich am 11./12.10.2021 in Luxemburg, um über die Strategiepläne im Rahmen der neuen GAP ab 2023, die neue EU-Waldstrategie für 2030 und das „Fit for 55“-Paket zu beraten.

Die Minister erörterten den Stand der Vorbereitung ihrer Strategiepläne, ermittelten und forderten die Kommission auf, bei der Bewertung der Pläne einen transparenten Ansatz zu verfolgen, indem sie beispielsweise klare Bewertungskriterien aufstellt und dafür sorgt, dass so viele Leitfäden wie möglich veröffentlicht werden. Deutschland hat darauf gedrungen, dass entsprechend dem Trilog-Ergebnis die Genehmigungsentscheidung der Kommission ausschließlich auf rechtlich bindende Rechtsakte gestützt wird. Gemäß dem „New Delivery Model“ muss mit der neuen Förderperiode Verwaltungsvereinfachung erreicht und Bürokratie abgebaut werden.

Die Minister diskutierten die Mitteilung der Kommission über die neue EU-Waldstrategie, begrüßten die Strategie, betonten jedoch, wie wichtig es sei, ein Gleichgewicht zwischen den Umweltzielen und der entscheidenden wirtschaftlichen und sozialen Rolle der europäischen Wälder zu schaffen. Sie betonten, dass die Strategie unter voller Beachtung des Subsidiaritätsprinzips den nationalen Besonderheiten und den bestehenden nationalen Strategien und Maßnahmen Rechnung tragen müsse und dass eine angemessene Finanzierung vorgesehen werden sollte. Der Rat wird voraussichtlich auf seiner nächsten Sitzung im November Schlussfolgerungen zur Strategie annehmen.

Es fand ein Meinungsaustausch über den potenziellen Beitrag des Land- und Forstwirtschaftssektors zum neuen Fit for 55-Paket statt, wobei die Schwerpunktsetzung bei der Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) lag. Dabei wurden unter anderem die möglichen Überschneidungen mit der neuen GAP und die Notwendigkeit angesprochen, die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Klimaziele zu berücksichtigen. Die Minister betonten, dass die Ernährungssicherheit stets gewährleistet sein sollte. Eine Reihe von Delegationen forderte außerdem eine Folgenabschätzung des Pakets.

Die Mitgliedstaaten haben auch die aktuell schwierige Lage im Schweinefleischsektor besprochen. Probleme bereiten die anhaltend sehr niedrigen Erzeugerpreise bei gestiegenen Futterkosten. Die Kommission lehnt den Einstieg in die private Lagerhaltung ab.

Weitere Themen waren die steigenden Düngemittelpreise aufgrund der Verteuerung von Energie sowie der Schutz geografischer Angaben, EU-Vermarktungsnormen, Tierwohl, Beihilferegulungen und ein Bericht zu den Ergebnissen der G20-Agrarministersitzung.

[Ergebnisse Agrarrat](#) (in englischer Sprache)



Aussichten für den Agrar- und Ernährungssektor

Die Kommission veröffentlichte am 08.10.2021 die Herbstausgabe des Berichts über die kurzfristigen Aussichten für den Agrar- und Ernährungssektor.

Der EU-Agrar- und Ernährungssektor ist mit dem Anstieg der Rohstoffpreise konfrontiert, der vor allem auf die Erholung der Wirtschaft in der EU, den USA und China zurückzuführen ist. Der Anstieg der Energie- und Transportpreise und die Folgen der Ausbreitung der COVID-19-Delta-Variante, insbesondere in Asien, wirken sich störend auf die Lieferketten in der ganzen Welt aus:

Die Getreideerzeugung in der EU nimmt zu. Für 2021/2022 wird mit 294,8 Mio. t gerechnet, was einem Anstieg von 5 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Ölsaaterzeugung in der EU hat sich von ihrem letztjährigen Tiefstand erholt und wird für 2021/2022 auf 30,4 Mio. t geschätzt, was einem Anstieg von 10 % gegenüber 2020/2021 entspricht. Die Zuckerrübenproduktion in der EU könnte 113 Mio. t erreichen, was einem Anstieg von 13,6 % gegenüber der letzten Saison entspricht. Bei Äpfeln wird die EU-Erzeugung 2021/2022 voraussichtlich um 10 % auf 12,5 Mio. t steigen.

Die Preise in den Sektoren Rindfleisch, Geflügel und Milchprodukte sind gut. Die Milchanlieferung in der EU wird 2021 voraussichtlich um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr steigen. Insgesamt könnten die EU-Käseausfuhren bis 2021 um 4 % steigen.

Die Rindfleischerzeugung in der EU wird voraussichtlich leicht zurückgehen, und zwar um 0,5 % im Jahr 2021. Der Schweinefleischmarkt ist mit Schwierigkeiten konfrontiert, da die Produktion in der ersten Hälfte des Jahres 2021 erheblich gestiegen ist (um 4,1 %), während die Nachfrage nachgelassen hat. Dies führte zu sinkenden Preisen, da die Erzeuger mit hohen Kosten konfrontiert sind. Es wird jedoch erwartet, dass sich der Produktionsanstieg verlangsamt, wobei für 2021 ein jährliches Produktionswachstum von 1,7 % erwartet wird. Für 2021 wird bei Schaf- und Ziegenfleisch ein Anstieg der EU-Erzeugung um 1,3 % prognostiziert.

[Aussichten Agrar- und Ernährungssektor](#) (in englischer Sprache)

Kommission beschließt Sondermaßnahmen zur Stützung des Wein-, Obst- und Gemüsesektors

Die Kommission beschloss am 06.10.2021 Sondermaßnahmen zur Stützung des Wein-, Obst- und Gemüsesektors.

Diese Maßnahmen für den Weinsektor umfassen eine verstärkte Unterstützung für Risikomanagementinstrumente wie Ernteversicherungen und Fonds auf Gegenseitigkeit sowie eine Verlängerung der bereits bestehenden Flexibilitätsmaßnahmen bis zum 15.10.2022.

Für den Obst- und Gemüsesektor wird die Unterstützung für die Erzeugerorganisationen, die in der Regel auf der Grundlage des Produktionswerts berechnet wird, in einer Höhe von mindestens 85 % des Vorjahresniveaus ausgeglichen.



Eine erste Reihe von Maßnahmen wurde im Mai 2020 angenommen. Diese wurden durch ein zweites Maßnahmenpaket für den Weinsektor ergänzt, das im Juli 2020 angenommen wurde.

[Kommission: Sondermaßnahmen für den Wein- sowie Obst- und Gemüsektor](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan für Rechtssetzung zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen

Die Kommission veröffentlichte am 01.10.2021 einen Fahrplan für eine Richtlinie zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen.

Lebensmittelabfälle erschöpfen weiterhin unsere natürlichen Ressourcen und verursachen Treibhausgasemissionen. Ziel dieser Initiative ist es, vorbehaltlich einer Folgenabschätzung rechtsverbindliche Ziele für die Verringerung von Lebensmittelabfällen vorzuschlagen. Sie werden dazu beitragen, die Auswirkungen der Lebensmittelversorgungskette auf die Umwelt und das Klima zu begrenzen, und werden somit ein nachhaltigeres Lebensmittelsystem schaffen.

Rückmeldungen sind möglich bis 29.10.2021. Eine öffentliche Konsultation soll bereits im vierten Quartal 2021 erfolgen.

[Fahrplan](#)

Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ sammelt über 1,1 Millionen Unterschriften

Die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ hat über 1,1 Millionen Unterschriften gesammelt.

Die Bürgerinitiative zielt darauf ab, dass die Kommission Rechtsakte vorschlägt, synthetische Pflanzenschutzmittel bis 2035 auslaufen zu lassen, die biologische Vielfalt zu stärken und Landwirte bei der Umstellung zu unterstützen.

Außerdem sollen die Bäuerinnen und Bauern in kleinteiligen, vielfältigen und nachhaltigen landwirtschaftlichen Strukturen bevorzugt, der Ökolandbau ausgeweitet sowie die Forschung zu pflanzenschutzmittel- und gentechnikfreiem Anbau gefördert werden. Zu den Initiatoren der Bürgerinitiative gehören über 220 Organisationen in Europa, insbesondere Umweltverbände, landwirtschaftliche Initiativen, Imkerverbände und Wissenschaftler.

Nach Ablauf der Eintragsfrist am 30.09.2021 wird binnen drei Monaten geprüft, ob die Initiative die Bedingungen erfüllt. Danach teilt die Kommission mit, ob sie auf die Initiative hin einen Vorschlag für eine neue Rechtsvorschrift einbringen wird oder nicht.

[Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“](#)



Aktualisierter Leitfaden zum Schutz von streng geschützten Tierarten nach der FFH-Richtlinie veröffentlicht

Die Kommission hat am 12.10.2021 einen aktualisierten Leitfaden zum strengen Schutz von Tierarten im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie veröffentlicht. Der Leitfaden soll den EU-Mitgliedstaaten helfen, die Umsetzung der FFH-Richtlinie vor Ort durch die zuständigen Behörden und allen Beteiligten zu verbessern. Der Leitfaden erläutert die Verpflichtungen, die sich aus den Artikeln 12 (strenge Schutzregelung) und 16 (Ausnahmen) der FFH-Richtlinie ergeben, insbesondere in Bezug auf große Beutegreifer wie Wölfe. Initiativen auf EU-Ebene und Finanzierungsmöglichkeiten zur Förderung der Koexistenz von streng geschützten Arten und dem Menschen werden zudem aufgezeigt (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Leitfaden](#)

EFSA/ECHA: Konsultation zu den ersten wissenschaftlichen Bewertungen von Glyphosat

Die European Food Safety Authority (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlichten am 23.09.2021 parallel ihre Konsultationen zu den ersten wissenschaftlichen Bewertungen von Glyphosat.

Relevante Kommentare sollen in der Ausarbeitung der Stellungnahme des Ausschusses für Risikobeurteilung (RAC) der ECHA zur Einstufung von Glyphosat berücksichtigt werden. Das Ergebnis des Gutachtens soll laut EFSA voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2022 vorgelegt werden. Im Anschluss muss die Kommission gemeinsam mit den Risikomanagern der 27 Mitgliedstaaten entscheiden, ob die Zulassung von Glyphosat für die Verwendung in der EU erneuert werden soll. Aufgrund der durch die Kommission erteilten Fünfjahreszulassung ist Glyphosat noch bis zum 15.12.2022 zugelassen.

Rückmeldungen können noch bis zum 22.11.2021 abgegeben werden.

[EFSA/ECHA: Konsultationen zu Glyphosat](#)

Bericht zum Umsetzungsstand der Nitrat-Richtlinie veröffentlicht

Die Kommission hat am 11.10.2021 den neuesten Bericht über die Umsetzung der Nitrat-Richtlinie (Datengrundlage für den Zeitraum 2016 bis 2019) veröffentlicht, der vor einer übermäßig hohen Nitratkonzentration in Gewässern warnt und weitere Anstrengungen von den Mitgliedstaaten (u. a. Deutschland) einfordert.

Im Zeitraum 2016 bis 2019 wurde bei 14,1 % der Grundwassermessstationen der für Trinkwasser festgelegte Grenzwert für die Nitratkonzentration (Jahresdurchschnittswert 50 mg Nitrat je Liter) immer noch überschritten.

Zwar hat sich die Qualität der nationalen Aktionsprogramme verbessert, aber die bestehenden Maßnahmen bei der Bekämpfung von aus der Landwirtschaft mit Nitrat belasteten Gebieten sind in vielen Fällen nicht wirksam



genug. Zudem müssen die Folgen des Klimawandels bei den Anstrengungen zur Verringerung der Nitratbelastung auch auf nationaler Ebene stärker berücksichtigt werden.

Die Kommission hat weitere Maßnahmen angekündigt, damit die Anforderungen der Nitrat-Richtlinie besser eingehalten werden. Im Jahr 2022 soll u. a. ein Aktionsplan für ein integriertes Nährstoffmanagement ausgearbeitet werden, der auf den Schadstofffreiheit-Aktionsplan beruht (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Bericht Kommission Umsetzung Nitrat-Richtlinie](#)

Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zur nachhaltigen Wassernutzung in der Landwirtschaft

Der Europäische Rechnungshof (ERH) veröffentlichte am 28.09.2021 einen Sonderbericht zur nachhaltigen Wassernutzung in der Landwirtschaft.

Der ERH kommt zu dem Schluss, dass die relevante Gesetzgebung der EU die nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft nicht sicherstellen kann. Der Agrarsektor ist für ein Viertel der gesamten in der EU entnommenen Wassermenge verantwortlich und hat sowohl Auswirkungen auf die Wasserqualität als auch auf die verfügbare Wassermenge. Auch wenn durch die Wasserrahmenrichtlinie und die Gemeinsame Agrarpolitik Ansätze zur nachhaltigen Wassernutzung vorgesehen seien, gebe es laut dem ERH dennoch zu viele Ausnahmen von diesen Regeln. Darüber hinaus unterstütze die EU-Agrarpolitik allzu oft eher eine stärkere als eine effizientere Wassernutzung. In der Summe hätten demnach die Maßnahmen der EU nicht ausreichend dazu beigetragen, die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Wasserressourcen zu verringern.

[ERH-Sonderbericht nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft](#)

Europäischer Rechnungshof Sonderbericht Wald

Der Europäische Rechnungshof (ERH) veröffentlichte am 04.10.2021 einen Sonderbericht zur Verwendung von EU-Mitteln für Biodiversität und Klimawandel in EU-Wäldern.

Eine Bestandsaufnahme der EU-Forststrategie für den Zeitraum 2014 - 2020 und der wichtigsten EU-Politiken in diesem Bereich wurde vom ERH untersucht: Obwohl die Waldfläche in der EU in den letzten 30 Jahren zugenommen hat, verschlechterte sich der Zustand der Wälder.

Der ERH kommt zu dem Schluss, dass die Kommission in Bereichen, in denen die EU uneingeschränkt handlungsfähig ist, stärkere Maßnahmen zum Schutz der Wälder in der EU hätte ergreifen können. So könnte beispielsweise mehr getan werden, um den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen, und bei den forstwirtschaftlichen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums könnte stärker auf die biologische Vielfalt und den Klimawandel geachtet werden.



Die Prüfer stellten fest, dass wichtige EU-Politiken zwar auf die biologische Vielfalt und den Klimawandel in den Wäldern der EU abzielen, aber ihre Wirkung begrenzt ist.

Obwohl 85 % der Bewertungen der geschützten Lebensräume auf einen schlechten Erhaltungszustand hinweisen, zielen die meisten Erhaltungsmaßnahmen nur darauf ab, den Status zu erhalten, anstatt ihn wiederherzustellen.

[Pressemitteilung ERH Sonderbericht Wald](#)

[Sonderbericht ERH: EU-Mittel für Biodiversität und Klimawandel in EU-Wäldern](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Jahr der Jugend 2022: EU will jungen Menschen bessere Chancen für die Zukunft bieten

Die Kommission hat am 14.10.2021 den offiziellen Vorschlag für ein Europäisches Jahr der Jugend 2022 vorgelegt. „Vom Klima über Soziales bis hin zu Digitalem – junge Menschen stehen im Zentrum unserer politischen Entscheidungen und Prioritäten“, sagte Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*. Mit dem Entscheidungsvorschlag für Rat und Parlament will die Kommission der Jugend unter anderem:

- neue Perspektiven und Chancen im ökologischen und digitalen Wandel aufzeigen,
- Mut machen, sich staatsbürgerlich und politisch zu betätigen,
- Möglichkeiten ausbauen, die die EU-Politik jungen Menschen bieten kann und
- Inspiration schöpfen aus dem Handeln, den Vorstellungen und den Überzeugungen junger Menschen.

Der Vorschlag bietet einen Rahmen für mögliche Aktivitäten zur Umsetzung dieser Ziele auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Für die Organisation vor Ort sollen die Mitgliedstaaten einen nationalen Koordinator benennen.

Das Europäische Jahr der Jugend 2022 soll sektorübergreifend sein und auf bereits bestehenden EU-Politiken und -Programmen aufbauen. So soll es beispielsweise mit der Umsetzung des Aufbauinstruments NextGenerationEU einhergehen, indem es der Jugend hochwertige Arbeitsplätze, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bietet. Die Kommission betont, dass die Jugend gleich im Rahmen mehrerer EU-Programme gefördert werden könne (z. B.: Erasmus+ und Europäischer Solidaritätskorps). Mindestens 8 Mio. € sollen aus den bestehenden Budgets für Koordinierungsaufgaben im Rahmen des Europäischen Jahrs der Jugend 2022 verwandt werden.

Der Vorschlag der Kommission wird nun von Parlament und Rat erörtert und muss für einen rechtzeitigen Start noch vor Jahresende verabschiedet werden.

Die Kommission veröffentlichte gestern zudem ihren neuesten EU-Jugendbericht. Dieser analysiert die Situation von jungen Europäern in der allgemeinen und beruflichen Bildung, beim Lernen, in Bezug auf die Beschäftigung sowie staatsbürgerliche und politische Teilhabe. Der Bericht zeigt auch, wie die EU-Jugendpolitik umgesetzt und eingeschätzt wird.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Jugendbericht](#) (in englischer Sprache)

Neues Programm ALMA soll auch sozialbenachteiligten Jugendlichen einen Austausch ermöglichen

Die Kommission hat erste Informationen zum Programm ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) veröffentlicht. Demnach werden mit der Initiative Maßnahmen im In- und Ausland kombiniert: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen zunächst eine maßgeschneiderte Bildungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen im Heimatland erhalten, bevor sie ein angeleitetes Arbeitspraktikum von zwei bis sechs Monaten in einem anderen EU-Mitgliedstaat antreten. Zielgruppe sind junge Menschen, die Schwierigkeiten bei der Jobsuche haben,



langzeitarbeitslos sind, unzureichende schulische Leistungen oder berufliche Fähigkeiten aufweisen, Migrationshintergrund haben oder mit einer Behinderung leben.

Finanziert werden soll ALMA aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), im ersten Jahr der Umsetzung mit rund 15 Mio. €. Die Förderung soll Fahrtkosten, Versicherung, Sozialversicherung, Grundbedarf wie Nahrung und Unterkunft sowie die Betreuung und Beratung vor, während und nach dem Auslandsaufenthalt abdecken. Darüber hinaus stünde es den Unternehmen frei, die Praktika zu vergüten, erklärt die Kommission.

[Internetauftritt der Kommission](#)

Jugendliche bringen Ideen in die Konferenz über die Zukunft Europas ein

Als Ergebnis des Europäischen Jugend-Events (EYE2021) hat das Europäische Parlament (EP) eine Liste mit den 20 beliebtesten Ideen veröffentlicht, welche junge Menschen für die Gestaltung der Zukunft Europas haben. Die Ergebnisse reichen von einem Vorschlag für einfacheres Recycling bis hin zu einem Vorstoß für einen föderalen europäischen Bundesstaat. Unter dem Slogan „Die Zukunft gehört dir“ fand die Hauptveranstaltung von EYE2021 am 08./09.10.2021 in Straßburg als Höhepunkt des Jugendkonsultationsprozesses des EPs für die Konferenz über die Zukunft Europas statt. Bei der nächsten Plenarsitzung der Konferenz am 22./23.10.2021 werden die Ideen vorgestellt.

[Youth Ideas Report](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#)

Mit dem Zug durch Europa: Kommission vergibt 60.000 Travel-Pässe an junge Europäer

Im Rahmen von DiscoverEU vergibt die Kommission wieder kostenlose Interrail-Pässe an 60.000 junge Europäerinnen und Europäer. Noch bis zum 26.10.2021 um 12:00 Uhr können sich Interessenten für einen Reisezeitraum im Jahr 2022 bewerben. Da die letzten beiden DiscoverEU-Runden aufgrund der Coronakrise ausgesetzt werden mussten, steht die Auswahlrunde in diesem Jahr zusätzlich zu 18-Jährigen ausnahmsweise auch 19- und 20-Jährigen offen.

[DiscoverEU-Portal](#)

Studie untersucht Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Jugend

Im Auftrag des Beschäftigungsausschusses des Europäischen Parlaments (EMPL) ist eine Studie über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Jugend in Europa veröffentlicht worden. Als ein besorgniserregendes Ergebnis wird die Tatsache genannt, dass die Mitgliedstaaten, die schon während der Finanzkrise besonders stark betroffen waren, erneut einen überdurchschnittlichen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Dieser sei aber deutlich unter dem Niveau während und nach der globalen Finanzkrise geblieben. Um keine verlorene „Lockdown-



Generation“ zu haben, sei es wichtig, den jungen Menschen in der Erholungsphase besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

[Studie](#) (in englischer Sprache)

Think Tank bewertet Pläne für Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems sehr kritisch

Nach Ansicht des Jacques-Delors-Instituts sollten die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament die Pläne der Kommission bezüglich der Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems (ETS) auf Verkehr und Wohnen „begraben“. Die Ausweitung führe wegen steigender Energiekosten zu erheblichen sozialen Herausforderungen und habe gleichzeitig nur einen begrenzten Nutzen. Der ebenfalls von der Kommission im Rahmen des Fit-for-55-Pakets vorgeschlagene Klimasozialfonds sollte nach Ansicht des Instituts gleichwohl eingerichtet, aber umfangreich aus dem bestehenden ETS finanziert werden.

[Analyse](#) (in englischer Sprache)

EuGH: EU kann der Istanbul-Konvention beitreten

Die EU muss für einen Beitritt zum „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ (Istanbul-Konvention) nicht darauf warten, dass ausnahmslos alle Mitgliedstaaten innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Übereinkommen zustimmen (EuGH-Gutachten Nr. 1/19 v. 06.10.2021). Das vorgesehene Verfahren zum Abschluss internationaler Übereinkünfte dürfe nicht um einen weiteren Schritt ergänzt werden, erklärt der EuGH in einem Gutachten, um welches das Europäische Parlament gebeten hatte. Ein solcher „hybrider Entscheidungsprozess“ sei mit Art. 218 AEUV unvereinbar, wonach der Rat mit qualifizierter Mehrheit über den Abschluss einer internationalen Übereinkunft entscheidet.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

Europäisches Parlament fordert Maßnahmen gegen Gewalt in Partnerschaften

Das Europäische Parlament (EP) hat erneut das Thema geschlechtsspezifische Gewalt aufgegriffen. In einer am 06.10.2021 angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten dringende Maßnahmen zum Schutz der Opfer von Gewalt in Partnerschaften und thematisieren in diesem Zusammenhang insbesondere Sorgerechtsstreitigkeiten. Diese würden von Gewalttätern häufig dazu ausgenutzt, ihre Opfer weiter einzuschüchtern und Angst bei ihnen zu schüren. Die Abgeordneten betonen insofern, dass der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt und das Wohl des Kindes Vorrang vor anderen Kriterien haben müssten, wenn es um die Regelung des Sorgerechts und des Besuchsrechts geht.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Text der Entschließung](#)



Europäisches Parlament betont Notwendigkeit eines Europäischen Behindertenausweises

Das Europäische Parlament (EP) hat eine Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung gefordert. Die EU solle eine gemeinsame Definition des Begriffs Behinderung und für alle Mitgliedstaaten verpflichtend einen Europäischen Behindertenausweis einführen, erklären die Abgeordneten in einer am 07.10.2021 angenommenen Entschließung. Für diese hatte der Berichterstatter an das EP gerichtete Petitionen ausgewertet. Die daraus abgeleiteten Empfehlungen umfassen u. a. die Beseitigung von physischen und administrativen Hindernissen für das Reisen und für den Zugang zu Bildungssystemen. Die Kommission hatte in ihrer im März 2021 vorgelegten Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2021 - 2030) die Einführung eines Europäischen Behindertenausweises bis Ende 2023 angekündigt.

[Pressemitteilung](#)

[Text der Entschließung](#)

Bericht informiert über die Auswirkungen der Pandemie auf die frühkindliche Bildung und Betreuung

Die Kommission hat einen Bericht veröffentlicht, der sich mit den Auswirkungen der COVID-19-Krise auf den Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung befasst. Die Studie will nicht nur über die aufgetretenen Herausforderungen und die in den Mitgliedstaaten gefundenen Lösungen informieren, sondern auch Empfehlungen abgeben. So wird beispielsweise kritisiert, dass die frühkindliche Bildung und Betreuung häufig auf die Kinderbetreuungsfunktion zur Unterstützung der Eltern reduziert worden sei, während Bildungs- und Integrationsaspekte übersehen worden seien. Der Bericht fordert umfassende Investitionen und unterstreicht beispielsweise die Notwendigkeit, die Ausbildung des Personals und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

Studie informiert über unterschiedliche Regelungen zur Prostitution

Im Auftrag des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Europäischen Parlaments ist eine Studie zu den unterschiedlichen Rechtsrahmen für Prostitution in der EU veröffentlicht worden. Es werden auch Ansatzpunkte für eine mögliche EU-Gesetzgebung aufgezeigt, mit der Frauenrechte grenzüberschreitend besser geschützt werden könnten.

[Studie](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

EU-Minister begrüßen den Vorschlag der Kommission zur Einrichtung von HERA

Am 12.10.2021 fand eine informelle Tagung der EU-Gesundheitsminister in Slowenien statt. Die Gesundheitsministerinnen und -minister haben gemeinsam mit der EU-Gesundheitskommissarin, *Stella Kyriakides*, über die gemeinsamen Lösungen zur Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln sowie über die Verbesserung der Reaktionsfähigkeit und Vorkehrungen zur Vorsorge gegen grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren diskutiert. Dieses Treffen war die erste Gelegenheit für die 27 EU-Minister, über die neue EU-Behörde für die Reaktion auf gesundheitliche Notfälle (HERA), zu diskutieren.

[Pressemitteilung](#)

Curevac zieht EMA-Antrag auf Zulassung seines Covid-19 Impfstoffs zurück

Das deutsche Biopharma-Unternehmen Curevac hat am 12.10.2021 mitgeteilt, sich bei der Entwicklung eines COVID-19-Impfstoffs auf mRNA-Impfstoffkandidaten der zweiten Generation in Zusammenarbeit mit Glaxo Smith Kline (GSK) zu fokussieren. Der COVID-19-Impfstoffkandidat der ersten Generation, CVnCoV, wird aus dem laufenden Zulassungsverfahren bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) zurückgezogen. Als unmittelbare Folge dieser Entscheidung endet der bestehende Vorvertrag (Advanced Purchase Agreement) mit der Kommission, in dem CVnCoV für den akuten Pandemiebedarf vorgesehen war. CureVac prüft, inwieweit die in diesem Zusammenhang eingegangenen Verpflichtungen auch auf die Impfstoffkandidaten der zweiten Generation übertragen werden können. Das Unternehmen verfolgt das Ziel, den verbesserten Impfstoff im Jahr 2022 auf den Markt zu bringen.

[Pressemitteilung CureVac](#)

Europäische Arzneimittel-Agentur prüft Zulassung der Corona Antikörper-Therapie Ronapreve

Das Schweizer Pharmaunternehmen Roche hat bei der europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) Antrag auf Zulassung seiner Antikörper-Therapie Ronapreve gestellt. Mit dem aus zwei Wirkstoffen (Casirivimab und Imdevimab) bestehenden Mittel, das vom US-amerikanischen Hersteller Regeneron Pharmaceuticals mitproduziert wurde, sollen Menschen ab 12 Jahre behandelt werden, die mit dem Coronavirus infiziert sind und ein hohes Risiko für einen schweren Verlauf haben. Zusätzlich kann das Mittel nach Angaben der Hersteller auch bei Menschen eingesetzt werden, die ein akutes Ansteckungsrisiko haben, etwa weil sie mit einem Infizierten in einem Haushalt leben.

Die Experten der EMA bewerten nun alle vorgelegten Daten. Mit einem Ergebnis wird in zwei Monaten gerechnet.



Bisher ist in der EU nur das Arzneimittel Remdesivir als spezielles Corona-Medikament zugelassen. Derzeit laufen insgesamt Zulassungsverfahren für fünf Corona-Präparate.

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

Umzug der Europäischen Arzneimittel-Agentur von London nach Amsterdam wohl rechtssicher

Der Umzug der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) von London nach Amsterdam kann laut eines EU-Gutachtens rechtlich kaum erfolgreich angefochten werden. Mailand und Italien hatten die Entscheidung der EU-Mitgliedsstaaten von 2017, die Behörde wegen des Brexits von Großbritannien in die Niederlande umzusiedeln, infrage gestellt. Mit ihrer Klage vor dem EuGH haben sie nach einer Einschätzung von Generalanwalt *Michal Bobek* kaum Chancen. Mit einer Entscheidung des EuGH (Rechtssachen C-106/19 und C-232/19) ist erst in Monaten zu rechnen.

[Schlussanträge des EU-Generalanwalts](#)

Europäische Arzneimittel-Agentur empfiehlt Dritt- und Booster-Impfungen

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 04.10.2021 ihre Empfehlung zu Drittimpfungen und Auffrischimpfungen abgegeben. Unter Drittimpfung versteht EMA eine zusätzliche Corona-Impfstoffdosis im Rahmen der Grundimmunisierung, eine Auffrischimpfung soll hingegen einem nachlassenden Impfschutz nach abgeschlossener Grundimmunisierung entgegenwirken. Der Humanarzneimittelausschuss der EMA (CHMP) empfiehlt, dass Menschen mit geschwächtem Immunsystem eine dritte Dosis eines mRNA-Impfstoffs (Comirnaty von Pfizer/Biontech oder Spikevax von Moderna) erhalten, um die Grundimmunisierung zu erhalten. Dabei soll die dritte Impfung 28 Tage nach der zweiten Dosis verabreicht werden. Auffrischungsimpfungen für Erwachsene mit einem normal funktionierenden Immunsystem (sogenannte „Booster“-Impfungen) können mit dem Impfstoff Comirnaty mindestens sechs Monate nach der zweiten Dosis in Betracht gezogen werden. Für die Daten zu einer Auffrischungsdosis für Spikevax läuft die Bewertung noch.

Wie die einzelnen EU-Länder Dritt- und Auffrischimpfungen sodann in ihrer nationalen Impfstrategie umsetzen, ist Sache der jeweiligen Gesundheitsbehörden.

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäische Arzneimittel-Agentur prüft Zulassung der Corona Antikörper-Therapie Regkirona

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 04.10.2021 mit der Prüfung eines Zulassungsantrags für den Covid-19 monoklonalen Antikörper Regkirona (Regdanvimab, auch bekannt als CT-P59) begonnen. Das neue Präparat soll zur Behandlung von Erwachsenen mit COVID-19 eingesetzt werden, die keine zusätzliche Sauerstofftherapie benötigen und bei denen ein erhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf besteht. Der



Antragsteller ist Celltrion Healthcare Hungary Kft. Die EMA wird den Nutzen und die Risiken von Regkirona innerhalb eines verkürzten Zeitrahmens bewerten und wird voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten eine Stellungnahme abgeben, je nachdem, wie solide die vorgelegten Daten sind und ob weitere Informationen zur Unterstützung der Bewertung erforderlich sind.

[Pressemitteilung EMA](#) (in englischer Sprache)

EU-Drogenbeobachtungsstelle veröffentlicht Leitfaden für Entscheidungsträger

Die EU-Drogenbeobachtungsstelle (EMCDDA) veröffentlichte am 28.09.2021 ihren ersten europäischen Leitfaden unter dem Titel Health and social responses to drug problems: a European guide (Gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen im Umgang mit Drogenproblemen: ein europäischer Leitfaden). Gestützt auf Informationen aus 30 Ländern bietet die EMCDDA erstmals einen Überblick über die Maßnahmen und Interventionen, die zur Bekämpfung der Auswirkungen des illegalen Drogenkonsums aktuell zur Verfügung stehen. Der Leitfaden beleuchtet die gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen im Umgang mit Drogenproblemen aus drei verschiedenen Blickwinkeln, die sich mit folgenden Aspekten befassen:

- Probleme im Zusammenhang mit verschiedenen Arten von Drogen und Konsummustern;
- die Bedürfnisse verschiedener Gruppen (z. B. Frauen, junge Menschen, Migranten oder ältere Konsumenten);
- Probleme in verschiedenen Settings (z. B. Haftanstalten, Nachtclubs, Schulen, Arbeitsplatz, lokale Gemeinschaften).

[Pressemitteilung der EMCDDA](#) (in englischer Sprache)

[Leitfaden](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Minister für Telekommunikation diskutieren zur Regulierung künstlicher Intelligenz

In einer informellen Videokonferenz diskutierten die für Telekommunikation zuständigen Ministerinnen und Minister am 14.10.2021 zum Verordnungsvorschlag für harmonisierte Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI-VO). Der sitzungsleitende slowenische Minister für öffentliche Verwaltung, *Boštjan Koritnik*, betonte, die Teilnehmer hätten sich eindeutig für ein umfassendes KI-Gesetz ausgesprochen, das weltweit als Modell dienen würde, ähnlich wie die Datenschutzgrundverordnung im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten. Betont wurden in der öffentlichen Aussprache sowohl die bemerkenswerten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteile der Technologie, als auch das Bedürfnis, die Privatsphäre und Sicherheit zu schützen und Vertrauen aufzubauen. Der Risiko-basierte Ansatz des Vorschlags für eine KI-VO wurde willkommen geheißen. Als essenzielle Punkte, die noch weiterer Diskussion bedürften, wurden der Anwendungsbereich der KI-VO, Aspekte der Strafverfolgung und die Definitionen von Schlüsselbegriffen genannt. Um die Verfügbarkeit hochwertiger Daten für KI zu fördern betonten einige Minister die Bedeutung noch kommender Regulierungsvorschläge in Bezug auf Daten. Einige wiesen darauf hin, dass die administrative und finanzielle Belastung, insbesondere für KMU und Start-ups, so gering wie möglich gehalten werden sollte. KMU sollten besonders unterstützt werden, um sicherzustellen, dass sie die neuen Vorschriften problemlos einhalten können.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Verwendung Künstlicher Intelligenz durch Justizbehörden und Polizei

Am 06.10.2021 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) in einer Entschließung mit 377 Ja-Stimmen, 248 Nein-Stimmen und 62 Enthaltungen über die Verwendung Künstlicher Intelligenz (KI) durch die Polizei und Justizbehörden in Strafsachen abgestimmt. Die Entschließung erkennt zwar den positiven Beitrag bestimmter Arten von KI-Anwendungen zur Arbeit der Strafverfolgungs- und Justizbehörden an, betont aber das Potenzial für Diskriminierung, das sich aus dem Einsatz maschinellen Lernens auf Basis verzerrender historischer Datensätze ergibt. Die Entschließung fordert ein Verbot der automatisierten Analyse oder Erkennung menschlicher Merkmale, z. B. Gangart, Fingerabdrücke, DNA oder Stimme, in öffentlich zugänglichen Räumen. Im Kontext von EU-finanzierten Forschungsprojekten, bei denen KI an Außengrenzen zum Einsatz kommt, fordert die Entschließung außerdem ein Verbot jeglicher Verarbeitung biometrischer Daten zu Strafverfolgungszwecken, wenn diese zu einer Massenüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen führt (siehe hierzu auch Beiträge des StMJ und StMI in diesem EB).

[Text der Entschließung](#)

[Pressemitteilung des EP vom 06.10.2021](#)



Rat legt seine Position zum Daten-Governance-Gesetz fest

Der Rat hat am 01.10.2021 im Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten seine Verhandlungsposition zum Data-Governance-Gesetz beschlossen. Da das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt bereits am 16.07.2021 festgelegt hatte, können nun Verhandlungen zwischen den Institutionen beginnen. Ziel des Daten-Governance-Gesetz ist die Förderung der Datenwirtschaft, indem das Teilen von Daten über Grenzen von Sektoren und Mitgliedstaaten hinweg erleichtert wird. Enthalten sind u. a. Maßnahmen zur Erleichterung der Weiterverwendung bestimmter im Besitz des öffentlichen Sektors befindlicher Daten sowie Regeln für die Tätigkeit von Datenmittlern und zur Erleichterung von Datenaltruismus. Der Rat sieht in seiner Verhandlungsposition u. a. mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten sowie einen Verhaltenskodex für datenaltruistische Organisationen vor. Das EP wiederum möchte u. a. beim Anwendungsbereich für Datenvermittlungsdienste sicherstellen, dass große Digitalunternehmen erfasst werden und ein Beratungsgremium einführen, in dem auch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft vertreten sind.

[Pressemitteilung des EP vom 16.07.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates vom 01.10.2021](#)